Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 56, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 289. Donnerstag den 13. Dezember 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 11. Dezember 1900.

Aus dem Reichstage. Der zweite Tag der Etatsdebatte begann mit einer scharfen Kritik des Genossen Bebel an der gesammten Politik der Regierung. Bebel sprach mit seinem gewohnten Feuer und mit ausnehmender Wirksamkeit, so daß die elenden Zustände der kapitalistischen Gesellschaft im Allgemeinen, und die schwankende, haltlose Politik Preußen-Deutschlands in grelle, aber wahre Beleuchtung gesetzt wurden. Der Schatzsekretär klagte die Ausgaben zufolge der Versicherungsgesetzgebung an; ach nein! an unserer schlechten Finanzlage sind die Ausgaben für Heer und Flotte schuld; diese sind mit denen für die Schulden, Pensionen und Kolonien in den letzten zehn Jahren von einer halben Milliarde auf mehr als eine ganze gestiegen. Scharf geißelte Bebel die Abwimmelung Krügers. So sehr es zu billigen ist, daß wir uns in dem Kriege Neutralität bewahrten, so sehr ist es zu bedauern, daß früher den Buren Hoffnungen auf deutsche Hilfe erregt worden sind. Beim Etat des Reichsamts des Innern vermißte Bebel die Buchung der bekannten, vom Centralverband deutscher Industrieller erbetenen 12 000 Mark und beim Marine-Etat die Gelder, die vom Flottenverein eingegangen sind. Auch diese dürfen ohne Verfassungsverletzung der Kontrolle des Reichstages nicht entzogen werden.

Bebels scharfe Bemerkungen und direkte Anfrage wegen des Briefes des Herrn Lecisz und wegen der zwölftausend Mark veranlaßten den Grafen v. Posadowsky, nun endlich auch seine Meinung darüber zu sagen, die er bei den Verhandlungen über die Interpellation so tief im Busen verschlossen. Der Reichskanzler hatte das Verfahren aufs schärfste getadelt; der edle Graf v. Posadowsky jedoch kann in der ganzen Angelegenheit nichts Schlimmes finden; handelte es sich doch nur darum, den Fehler, den die sozialdemokratische Presse verübt, von Seiten der Regierung zu verbessern. Diese böse Presse hat merkwürdigerweise sein berühmtes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen nicht gelobt und ganz verschwiegen, daß es nur gegen ungesetzliche Arbeiter und Unternehmer gerichtet war, und gerade deshalb die Rechte der Arbeiter wahrnahm. Diese Unterlassungssünde unserer Presse gut zu machen, mußte die Regierung für eine heilige Pflicht erachten, und deshalb bat sie um Geld beim Zentralverband. Sie hätte statt dieses unopportunen Weges — das ist der einzige sanfte Tadel, den der Herr Graf findet — vielleicht auch die Gelder ihres Druckkostenfonds nehmen können, doch hatte sie eine gewisse bureaukratische Aengstlichkeit vor der Oberrechnungskammer. Freilich, hätte man ahnen können, daß die Sache doch in die Oeffentlichkeit kommt, so hätte man sich's wahrscheinlich doch wohl noch etwas besser überlegt. Nach dieser Glanzleistung können wir nur mit unserm Genossen Bebel sagen: Mit dem Reichsamt des Innern sind wir gründlich fertig. Nicht einmal der Umstand kann daran etwas ändern, daß der Graf Posadowsky die Güte zweier Gesetze, nämlich der über die Invaliden- und Unfall-Versicherung, nicht besser beweisen zu können glaubte, als dadurch, daß er die Sozialdemokratie, die dafür gestimmt habe, zum Kronzeugen anrief. Im selben Athemzuge jedoch fand der edle Graf auch Entschuldigungsgründe für den bekannten Brief vom Vorstand der Seeberufsgenossenschaft, wonach Vorschriften zur Unfallverhütung nichts weiter bedeuten als ein Schaustück. Der Briefschreiber selbst ist todt und die anderen Herren, die ihre Unterschrift darunter gesetzt haben, ach, die meinen es ja gar nicht so, vielleicht bedauern sie sogar diese Ausdrücke.

Der Abg. Richter, der in sehr später Stunde nach unbedeutenden Bemerkungen des Herrn v. Kardorff zu Worte kam, führte die Vertheidigung des Grafen Posadowsky wegen der 12 000 Mk. ab, erklärte sich aber mit dem Reichskanzler in der Angelegenheit Krüger durchaus einverstanden. Die Unhöflichkeit gegen den landflüchtigen alten Mann berührt den alten Wasserstiefler scheinbar nicht peinlich. Dann brüllte der Urteutsche Liebermann v. Sonnenberg noch ein thörichtes „Los von England“ in den Saal, worauf das Haus die weitere Debatte auf morgen vertagte.

17. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, v. Tirpitz, v. Goßler

Die erste Lesung des Etats für 1901 wird fortgesetzt.

Bebel (SD.): Der Schatzsekretär hat sich gestern dagegen verwahrt, daß seine Reden in der Budgetkommission über den Zustand der Reichskasse als Schwarzmalerei bezeichnet würden. Absichtlich hat er die Farben gewiß nicht schwarz gewählt, thatsächlich aber befindet sich unsere Reichsfinanzlage in trauriger Lage. Der Schatzsekretär datirt den Umschwung in der Geschäftslage vom diesjährigen Sommer. Es giebt Leute, die die rückläufige Bewegung auf den Beginn des Chinaabenteuers zurückführen. Daher erklärt sich der Zorn eines großen Theils der rheinisch-westfälischen Großindustriellen über die Chinaexpedition. Der Schatzsekretär hat sich damit getröstet, daß der Rückgang nicht in schweren Krisenformen auftrete. Die Form der Krise mag milder als früher sein, thatsächlich aber stehen wir in einer Krise, deren Umfang und Ende sich nicht absehen läßt. Und sicher ist, daß unsere Reichsfinanzen durch diese zerrüttet werden. Es kann nur ironisch wirken, wenn die Vertreter von Parteien, die die gewaltigen Ausgaben für Marine und Heer bewilligt haben, jetzt Sparsamkeit predigen. Ach, m. H., diese Erkenntniß kommt zu spät. (Sehr richtig! links.) Wir haben Sie (zum Zentrum) zeitig genug gewarnt, aber wir haben tauben Ohren gepredigt. Der Schatzsekretär beklagt sich, daß die Alters- und Invalidenversicherung so böse auf die Reichsfinanzen wirke. Sonst ist diese Versicherung doch ein Paradepferd, das man dem Ausland vorreitet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch ohne diese Versicherungsgesetzgebung würde unsere Finanzlage ebenso trostlos sein. Es war mir sehr interessant, daß Herr Müller-Fulda weiter keinen Etat herauszugreifen wußte, als den Postetat, den er als besonders ungünstig hinstellte. Nun, die Post ist eine Einrichtung kultureller Art, an ihr soll man am allerwenigsten sparen. Aber gegen die größeren Aufwendungen hat er nichts einzuwenden die für Marine u. dgl. aufgebracht werden. Die neuen Steuern, die er empfohlen hat, bringen so geringe Summen ein, daß sie in keinem Verhältniß zu der Ausgabe stehen, für die sie aufgebracht werden. Der Bundesrath wird immer wegen der großen Ausgaben getadelt. Ja, meine Herren, wofür sind Sie denn die sogenannte Volksvertretung? Herr Müller-Fulda sagte zwar gestern, wir müßten sparen. Er warnte den Bundesrath. Sie sind aber selbst der erste Attentäter. (Große Heiterkeit!) Unsere Ausgaben sind durch Ihre Schuld so gewachsen, daß z. B. allein die Zinsen für die Reichsschuld ein Mehr von 8 607 000 Mk. ausmachen. Der Militär-, Marine-, Pensionsetat und die Reichsschuldenzinsen verlangen, wenn man die Kolonien mit einschließt, eine Mehraufwendung von 42¼ Mill. Mk. Wir haben für diese 4 Etats jetzt die kolossale Summe von 1032 Millionen Mk. aufzubringen, während wir im Jahre 1890, wo das Zentrum noch zur Opposition gehörte, nur 502 Millionen aufzubringen hatten. Das charakterisirt unsere moderne Wirthschaft (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn ein Privatmann so wirthschaftete, dann würden wir ihn einen ganz lüderlichen Kerl nennen. Und wem haben wir das zu verdanken? Dem Zentrum. (Heiterkeit.) Es ist an Stelle der Nationalliberalen getreten. (Gr. Heiterkeit.) Wenn es so weiter geht, treiben wir einer Budgetanarchie mit aller Macht entgegen. Nun zu Herrn Dr. Lieber. Was er über den Luxus einer selbstständigen Politik des Reichstages ironischer Weise sagte, das ist nur das Bekenntniß einer schönen Seele. (Gr. Heiterkeit.) Denn es ist in Wirklichkeit Thatsache, daß wir uns den Luxus einer selbstständigen Politik ruhig sparen könnten. Nur das Zentrum herrscht. Alle großen Ausgaben hat das Zentrum möglich gemacht durch seinen unerhörten Umfall. Zumal jetzt wieder während der Chinawirren hat es gezeigt, daß sein Umfall ein endgültiger ist. Auf die Schädlichkeit des ganzen Chinahandels für Deutschland habe ich schon hingewiesen. China kann sehr leicht für Deutschland ein Transvaal werden. Und nun zum wirklichen Transvaal. Wenn wir das Telegramm Wilhelm II. im Jahre 1896 uns ansehen, so finden wir, daß er in den glühendsten Worten den Transvaal-Präsidenten beglückwünscht, daß es ihm gelungen sei, den Einbruch Jamesons abzuschlagen. Diesen Einbruch haben auch wir scharf verurtheilt. Aber wir haben eine Stellung eingenommen, die heute bezw. gestern von dem jetzigen Reichskanzler eingenommen worden ist. Wir haben uns durch das Telegramm in eine große Gefahr begeben. Die konsequente Folge dieses Telegramms aber wäre es gewesen, beim Ausbruch des jetzigen Krieges dieselbe Haltung einzunehmen, wie damals. In den Transvaal-Zeitungen erschienen die Reden der deutschen maßgebenden Stellen, die in dem Volk den Eindruck erwecken mußten, als ob die Regierung wie das deutsche Volk gesonnen seien bei Ausbruch eines Krieges mit England ihnen beizustehen. Deshalb sieht jetzt die deutsche Politik wie Treulosigkeit aus. Und in Konsequenz der damaligen Haltung hätte man jetzt Krüger in Berlin empfangen müssen. Das verlangte außerdem aber auch das menschliche Mitgefühl und die Humanität. (Sehr gut!) So sehr wir stets ein friedliches Zusammengehen mit England befürwortet haben, so sind wir doch nicht blind gegen seine Fehler und verurtheilen auch seine Handlungsweise gegenüber dem kleinen Transvaal scharf. In den letzten Tagen sind eine Unmenge von Briefen aus bürgerlichen Kreisen bei uns eingegangen, die darum bitten, daß gegen jenen Schritt unserer Regierung aufs Entschiedenste Protest erhoben werden möge. Wie hat das Ausland über diesen Nichtempfang gespottet? Amsterdamer Blätter haben geschrieben: „Die deutschen Fürsten fürchten Gott und ihre Großmütter. (Große Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler hat gestern von aussichtsreichen Kolonien in Afrika gesprochen. Wo diese aber sind und welche das sind, sagte er nicht. Sie sind schon vielfach auch von der Regierung aus als aussichtslos bezeichnet. Dieser Zickzackkurs, der sich hier bemerkbar macht, herrscht bei unserer Regierung allenthalben. Das sieht man an dem Wechsel in den höheren Regierungskreisen, wie an unserer gesammten äußeren, aber besonders unserer inneren Politik. Jetzt wieder will man höhere Getreidezölle, die im Widerspruch stehen zu unserer früheren Handelsvertragspolitik. Und nun will das Zentrum uns diese Sache schmackhafter machen, indem es den Ertrag für die Wittwen- und Waisenversorgung verwenden will. Das ist die Arbeiterfürsorge des Zentrums. Auf der einen Seite nimmt es dem Arbeiter sein Geld scheffelweise, um ihm auf der anderen Seite einen verschwindend geringen Bruchtheil wiederzugeben. Das heißt Sand in die Augen streuen. Aber auch die katholischen Arbeiter fangen an zu denken. Sie merken, wie viel die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums werth ist. Ein Münchener katholischer Arbeiter sagte neulich: „Mehr als die ganze Arbeiterfürsorge uns genützt hat, haben die Lebensmittelzölle uns geschädigt.“ Wir müssen heute mit der Getreidezollerhöhung rechnen, da die ganze Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen dafür sind, wir müssen mit ihr rechnen wie mit einem Gewitter. Aber glauben Sie, daß die übrigen Staaten, wie Nordamerika, sich die Vertheuerung der Lebensmittel gefallen lassen werden? (Zurufe von rechts: Ja!) Wir treiben da einem handelspolitischen Zustand entgegen, der Ihre Gesellschaft bedroht. (Zuruf rechts: Das wünschen Sie ja! Gelächter.) Der deutsche Arbeiter sieht sich schon jetzt in einer merkwürdigen Lage. Infolge der schlechten Konjunktur ist er arbeitslos, die Löhne sinken, andrerseits aber steigen die Lebensmittelpreise, die Wohnungen werden theurer, gehen die Kohlenpreise in die Höhe. Das ist Ihre Wirthschaftspolitik. Alles ist theurer geworden, und es ist nicht wahr, daß während der Blüthezeit der Industrie die Landwirthschaft gelitten hat. Der Abgeordnete Limburg-Stirum hat gestern diese Meinung damit begründen wollen, daß er eine Statistik gab, die die Landverhältnisse in einen ungünstigen Gegensatz zu den Stadtverhältnissen setzte. Diese Statistik ist wissenschaftlich unbrauchbar, denn was Stadt und Land ist, ist noch lange nicht Industrie und Landwirthschaft. Es giebt Industriedörfer und Landstädte, die noch ganz von der Landwirthschaft leben. — Nun hat der amerikanische Präsident eine Botschaft erlassen, in der er versichert, daß das Verhältniß Amerikas zu Frankreich ein gutes sei. Von Deutschland aber heißt es nur, daß es von gutem Willen beseelt sei; und daß der Erlaß des Fleischeinfuhrverbots das gute Verhältniß zwischen Deutschland und Amerika getrübt habe, betonte McKinley ausdrücklich. Das ist die Frucht Ihrer (nach rechts) Wirthschaftspolitik. (Sehr richtig! links.) Mit Bezug auf China bin ich einmal mit dem Grafen Limburg einverstanden. Ich komme nun zu den einzelnen Etats. Zunächst vermisse ich die 12 000 Mark des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die dem Ministerium des Innern zugeflossen sind. (Große Heiterkeit links.) Die 12 000 Mark wären auf dem Wege der Indemnität nachzusuchen, aber ich hätte es doch als einen Akt des Entgegenkommens anerkannt, wenn sie im Etat mit Einnahme und Ausgabe gebucht worden wären. Jetzt muß ich nachdrücklich fragen: Wann hat Graf Posadowsky von dem Ansuchen um die 12 000 Mark seitens des Herrn von Woedtke erfahren und wie sind dieselben verwendet worden? Ich frage weiter, ob er gegen die durch die Enthüllungen des Abg. Raab bloßgestellten Mitglieder der Seeberufsgenossenschaft, die an dem schmählichen Briefe, der mit „mundus vult decipi“ schließt, betheiligt sind, eingeschritten ist. Sind diese Betrüger und Schwindler zur Rechenschaft gezogen worden und aus dem Vorstande mit Schimpf und Schande ausgestoßen worden. 14 Tage sind seit der Enthüllung vergangen. Zu diesen Leuten gehört Herr Schiff aus Elsfleeth, der berühmte Verfasser der Depesche: „Schiff verloren, Mannschaft leider gerettet“. Wie kann man ein solches Ungeheuer als Vertrauensmann im Vorstand der Seeberufsgenossenschaft lassen! In das allgemeine Lob, das gestern Dr. Sattler dem Grafen Posadowsky spendete, kann ich nicht einstimmen. Die beiden eben erwähnten Vorfälle haben uns die Augen geöffnet. Die Verschlechterungen der Bäckereiverordnung werden später bei den einzelnen Punkten besprochen werden. Mit dem Reichsamt des Innern sind wir gründlich fertig. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Militäretat zeigt eine Mehrausgabe von über 18 Mill. Mark. Es wundert mich, daß der Abg. Müller-Fulda bei seiner Sparsamkeitstheorie das gestern ganz übersehen hat, daß er nicht gemerkt hat, daß laut Etat das Reichsheer um über 3000 Mann und über 500 Pferde vermehrt worden ist. Herr Abgeordneter, das ist die erste Rate der 7000 Mann, die noch rückständig sind. (Heiterkeit b. d. Soz.) Graf Limburg hat die Buren gegen unseren Gedanken der Milizarmee ausgespielt. Nun einmal haben die 30—40 000 Buren es verstanden, ein Jahr lang gegen 250 000 Engländer im Felde zu stehen. Und dann haben die Buren gar nicht ein Milizsystem in unserem Sinne wie die Schweiz. Es ist also damit die Unzweckmäßigkeit unserer Idee nicht zu beweisen. Graf Limburg hat sich auch gegen die zweijährige Dienstzeit erklärt und die Wiedereinführung der dreijährigen gefordert. Das geht nicht, denn dann müßten wir bei unserer Ueberlastung noch einmal mehr als 100 Millionen ausgeben, wenn die heutige Präsenz aufrecht erhalten werden soll. Außerdem müßten Sie (nach rechts) noch mehr Landarbeiter hergeben. Nun verschiedene Fragen an den Herrn Kriegsminister. Im Sommer tauchten Gerüchte auf, über Neubewaffnung der Artillerie. Ich möchte fragen, ob das richtig ist. Ebenso, ob es wahr ist, daß eine große deutsche Fabrik sich England verpflichtet hat, diesem eine Anzahl Geschütze ganz neuer Konstruktion für den Krieg gegen die Buren zu liefern. Wo bleibt da die Neutralität? Aehnlich hat ja auch Krupp China die Kanonen geliefert, mit denen unsere Soldaten vom „Iltis“ den Tod gefunden haben. Ist der „Wirkliche Geheimrath“, zu dem Krupp im Sommer ernannt worden ist, die Belohnung dafür? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man versteht wieder einmal nicht, wie es in unseren oberen Regionen aussieht. (Sehr gut! links.) Der „Vorwärts“ hat neulich berichtet, auf Befehl des Kaisers solle eine Division des 10. Armeekorps probeweise mit einem neuen Gewehr ausgerüstet werden. Ich frage wiederum, ist das richtig, wo doch kaum das 97er Gewehr eingeführt ist? (Sehr richtig! links.) Wie steht es dabei mit dem Budgetrecht des Reichstages? Hat der Herr Kriegsminister etwa wieder einmal heimlich Ersparnisse machen können, wie vor der Einführung der neuen Geschütze, wo plötzlich 28 Millionen Ueberschuß da waren, von denen wir nichts wußten, weil der Reichstag in seiner Bewilligungswuth mehr bewilligt hatte, als gebraucht wurde? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun noch einige Worte zum Marineetat. Die Kosten für die einzelnen Schiffe sind gegen 1890 beträchtlich gestiegen. Eine Frage an den Herrn Staatssekretär der Marine: Warum sind die Gelder, die ähnlich, wie jene 12 000 Mk. dem Reichsamt des Innern, hier dem Marineamt durch den Flottenverein für den angeblichen Bau von Schiffen

zur Verfügung gestellt worden sind, nicht gebucht? Der Kaiser hat nicht das Recht, derartiges Geld in Empfang zu nehmen. (Lebh. Zustimmung links.) Das Geld muß in die Reichskasse fließen, und der Reichstag hat darüber zu beschließen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sonst liegt eine schwere Verletzung unseres Budgetrechts vor. (Bravo! links.) Dem alten sic volo, sic jubeo müssen wir endlich Einhalt gebieten. (Bravo! b. d. Soz.) In Bezug auf die Sozialpolitik stand in der Thronrede wenig. Es sind Statistiken über die gewerbliche Kinderarbeit und über die Beschäftigung verheiratheter Arbeiterfrauen aufgenommen worden. Aber zu beiden Materien stehen keine Vorlagen in Aussicht. Ebenso ist es zu bemängeln, daß das Krankenversicherungsgesetz nicht angekündigt ist. Das hat Herr Dr. Sattler schon gethan. Hat er vielleicht den Glauben, daß diese Vorlage eine arbeiterfreundliche sein würde? (Abg. Sattler: ja!) Das ist aber ein Köhlerglaube. (Gr. Heiterkeit!) Wir haben ja gehört, was kommen wird. Den freien Hilfskassen geht es an den Kragen. Ein Gesetz für die Anerkennung der Gewerkschaften wird von der Arbeiterschaft erstrebt. Ihre Versammlungen werden verboten, wie erst ein Beispiel der letzten Tage gezeigt. — Die Bäckereiarbeiter haben ferner nachgewiesen, daß die Bäckermeister vielfach die Bäckereiverordnung nicht eingehalten haben. Trotzdem will man die Bäckereiverordnung zu ungunsten der Arbeiter verschlechtern. Also auf allen Gebieten ein arbeiterfeindlicher Geist. Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege, der Bildung, wieviel ist da noch zu thun? Wir haben zu wenig Schulen, zu wenig Lehrer. Ein subsidiäres Eintreten des Reichs wäre unbedingt nothwendig. Auch die Wohnungsnoth wird die Regierung nicht veranlassen, einzuspringen. Angesichts der Wohnungsnoth wagten es die Hausbesitzer des Ostens von Berlin noch auf ihrem Stiftungsfest eine Strophe zu singen, die die Miether geradezu verhöhnt. Das ist eine Brutalität, wie sie nur die bürgerliche Gesellschaft erziehen kann. Eine ungeheure Zunahme der Sittlichkeitsverbrechen sehen wir besonders in den Kreisen der protestantischen und katholischen Geistlichkeit, eine zunehmende Korruption der Polizeibehörden. Und was mag erst hinter den Kulissen vor sich gehen?! In den nächsten Tagen wird es wieder in den Kirchen heißen: „Frieden auf Erden". Da wird angesichts der bösen Zustände im Lande manchem das Wort im Halse stecken bleiben. Wir stehen am Ende des 19. Jahrhunderts, das groß ist in seinen Errungenschaften, aber auch groß in der Schaffung der Klassengegensätze und der nationalen Gegensätze. Und die bürgerliche Gesellschaft sehen wir unfähig, diese Widersprüche zu lösen. Sie ist mit ihrem Latein zu Ende. (Große Unruhe und Lachen rechts, im Centrum und bei den Natlib.) Sie arbeiten nur für uns, m. H., die sozialdemokratischen Mühlen mahlen rasch. Unser ist die Ernte, nicht Ihnen (zu den Kons.), wie Ihnen neulich Herr Dr. Oertel verkündigt hat. Ueberall sehen Sie Fortschritte der Sozialdemokratie, durch Sie hervorgerufen. Also: es leben unsere Freunde, die Feinde! (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Als der Reichstag die Debatte über die Interpellation des Herrn Abg. Albrecht schloß, hörte man den Ruf: „Und Graf Posadowsky?" Nach dem Inhalt der Interpellation war es mir nicht möglich, zu sprechen. Es konnte nur der Reichskanzler sprechen. Wer mich kennt, weiß, daß ich Furcht nicht kenne (Bravo! rechts.), daß ich nicht den Kampf mit der Partei scheue, die mir hier gegenüber sitzt. Ich bin dem Abg. Bebel dankbar dafür, daß er die sogenannte 12 000 Mark-Affäre als eine partie remise betrachtet hat. Ich erkläre hier vor dem gesammten Lande, daß es nebensächlich ist, ob ich von diesem Eingriff des Zentralverbandes der Industriellen etwas gewußt habe oder nicht. Ich trage die Verantwortlichkeit für das, was in meinem Amt geschieht, und ich werde sie niemals von mir abschütteln. Die Frage hängt eng zusammen mit dem Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen. In einem großen Theil der Presse hat man dieses Gesetz vollkommen falsch beleuchtet. Es war nicht nur zum Besten der Arbeitgeber, es war auch zum Besten der Arbeiter! (Lautes Lachen bei den Sozialdem. — Zuruf der Sozialdem.: Darum die 12 000 Mk.!)

Präs. Graf Ballestrem: Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.

Graf Posadowsky (fortfahrend): Herr Bebel, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, bitte, haben Sie die Rücksicht, auch meine parteilosen Erörterungen zu hören. Wir sind hier nicht im Konvent, sondern im deutschen Reichstag. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdem.) Das Gesetz ist von einem Gedanken ausgegangen, den vor Kurzem der Minister einer Republik geäußert hat, daß der Arbeitswillige genau dasselbe Recht habe, wie der, der nicht arbeiten will. Das hat man jetzt verschwiegen, wenn man sagt, es sei ein Gesetz zu Gunsten der Unternehmerinteressen. Der Beitrag, den der Zentralverband geleistet hat, der von ihm erbeten ist zur Verbreitung des Gesetzes in der Oeffentlichkeit, ist verwendet worden, um Ausgaben zu decken, die durch Verbreitung der Auszüge aus der Denkschrift und der hier vom Bundesrathstisch gehaltenen Reden entstanden sind. Daß die Absicht dieser Publikationen nicht sein konnte, das Gesetz durchzubringen, das ist klar. Jedem war es nach der ersten Lesung klar, daß das Gesetz nicht durchkäme. Nur als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Agitation, die behauptete, jeder Arbeiter würde durch das Gesetz getroffen, und es verschwieg, daß nur der bestraft werden sollte, der ungesetzliche Mittel anwenden würde, und daß es sich auch gegen die Arbeitgeber wenden sollte, deshalb war, um die Aufregung und Mißstimmung zu beseitigen, Alles gethan worden, um den Irrthum aufzuklären. Die Sozialdemokratie hat im Gegentheil Alles gethan, um die Aufregung zu vermehren. (Lachen bei der Soz.) Da war es nöthig, daß man die Wahrheit unter das Volk trug (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß man amtliches Material verbreitete. (Unruhe bei den Soz.)

Präs. Graf Ballestrem: Ich bitte, in einer so erregten Debatte nicht durch Zwischenrufe Widerspruch und Zustimmung kundzugeben. (Unruhe bei den Soz. Zuruf: Hier sind wir doch nicht in einer Kaserne!)

Graf Posadowsky (fortfahrend): Daß die Regierung derartiges amtliches Material verbreitet, das wird ihr Niemand zum Vorwurf machen können. Angegriffen ist, daß man die Kosten vom Zentralverband der Industriellen erbeten hat. Ueber die politische Opportunität dieser Maßregel kann man streiten. Der Herr Reichskanzler hat ja sein Urtheil bereits abgegeben. Die Oberrechnungskammer hätte sicherlich, wo der Druckkostenfonds des Reichsamts des Innern 190 000 Mark beträgt, es nicht monirt, wenn man diese Mittel zur Verbreitung benutzt hätte. Wenn es nicht geschehen ist, so mag die Ursache eine gewisse bureaukratische Aengstlichkeit gewesen sein (Heiterkeit) oder es mag der Gedanke obgewaltet haben, daß der größte industrielle Verband ein so großes Interesse (hört! hört! bei den Soz.) daran hatte, die Arbeiter über die wirklichen Absichten des Gesetzes aufzuklären, so daß man ihm auch die Kosten auferlegt hatte. Die Angriffe gegen mich und einen anderen verdienstvollen Beamten (Lachen bei den Soz.) legen mir das Wort eines französischen Kriminalisten in den Mund: „Geben Sie mir zwei Zeilen von der Hand eines Mannes und ich finde ein Kapitalverbrechen darauf." Wir hatten eine Nachtragsdenkschrift mit großen Mengen gerichtlichen Materials zur Begründung des Gesetzes ausgearbeitet (hört! bei den Soz.), die wir nicht mehr vorlegten, weil wir nicht glaubten, daß noch Aussicht für das Gesetz sei. Weiter ist bei der Interpellation behauptet worden, das Reichsamt des Innern sei schon seit 1879 vom Zentralverband abhängig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber ich habe beim Invalidenversicherungsgesetz gegen den heftigsten Widerstand des Zentralverbandes die besonderen Gerichte für die Unfallversicherung aufheben wollen und vorgeschlagen, diese Gerichte mit denen für die Invalidenversicherung zu verbinden. Die Presse des Zentralverbandes hat mich damals aufs schärfste wegen der Invaliden- und Unfallversicherung angegriffen, die Sozialdemokraten aber haben für diese beiden Gesetze gestimmt; es waren also wohl keine schlechten Gesetze. Daß Beamte meines Ressorts in große Versammlungen des Verbandes gehen, kann doch kein Vorwurf sein; sie werfen uns ja sonst immer vor, wir arbeiten vom grünen Tisch aus. (Zuruf bei den Soz.: Arbeiter-Versammlungen!) Ferner hat man die Verzögerung des Krankenversicherungsgesetzes bemängelt. Die Regelung dieser Materie liegt aber lediglich in den Händen der Einzelstaaten, und von vielen derselben habe ich eben das Material noch nicht bekommen. Was den von Bebel wieder angeführten unvorsichtigen Brief des Herrn Laeisz betrifft, so ist Herr Laisz der Verantwortung entzogen. Die übrigen Herren haben sich durch ihre Unterschrift mit dem Inhalt — nämlich eine Unfallverhütungsvorschrift bei einem Kochapparat zu genehmigen, obwohl der Germanische Lloyd sie für unnöthig hält — einverstanden erklärt, aber doch nicht mit den bedauerlichen Bemerkungen des Briefschreibers. Uebrigens ist abzuwarten, wie das Reichsversicherungsamt als zuständige Aufsichtsbehörde der See-Berufsgenossenschaft sich dazu noch stellen wird. Wenn Herr Bebel weiter bemängelt hat, daß in der Sozialpolitik nicht genug geschähe, so zeigt das, daß Herr Bebel gar keinen praktischen Begriff davon hat, welche Riesenarbeit allein durch die Reform der Unfall- und Invaliditätsgesetze geleistet ist. Ueber die Frage des Schutzes der Arbeit verheiratheter Frauen sind wir beschäftigt, eine Denkschrift auszuarbeiten. Herrn Bebels Angaben über unser Verhältnis zu Amerika sind irrig. Der Präsident der Republik hat uns dieselben Vortheile eingeräumt wie zollpolitischem Gebiete, wie Frankreich. Es ist ja selbstverständlich, daß bei der Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen sich alle Interessengruppen regen. Aber ich möchte doch den Rath geben, die Debatte so zu führen, daß man die eigene Regierung nicht angreift, bevor man weiß, was die eigene Regierung thut. Sonst füllt man dem Feind die Kriegskasse. (Bravo! rechts.)

v. Kardorff (RP.): Herrn Bebels Rede war trotz der Fülle von Gegenständen, die sie berührte, recht eintönig gewesen. Im Wesentlichen glorifizirte er sich selbst und seine Partei. Was den Fall Krüger anlangt, so hat Herr Bebel der allgemeinen Meinung in Deutschland den richtigen Ausdruck gegeben. Auch ich war erschrocken, als ich die Ablehnung des Besuches las. Aber man muß auch bedenken, daß der Reichskanzler von seiner verantwortungsvollen Stellung aus die Sache anders beurtheilen muß, als das große Publikum. Herr Bebel hat den Rückgang der Konjunktur auf den chinesischen Zug zurückgeführt. Ich glaube doch, der wahre Anlaß hierzu ist das Anwachsen der amerikanischen Industrie. So trostlos übrigens, wie Herr Bebel es hingestellt hat, ist unsere Finanzlage nicht. Ganz falsch ist die Behauptung, daß für die Landesvertheidigung bei uns zu große Summen verausgabt werden und daß für Kulturzwecke bei uns wenig übrig ist. Für die Landesvertheidigung geben die übrigen Großmächte pro Kopf mehr aus, als wir, und der Zuschuß zu den Volksschulen ist seit 1870 von 4 Millionen auf 81,7 Millionen gestiegen. (Hört! hört! rechts.) Dem Gedanken des Abg. Müller-Fulda, die Matrikularbeiträge etwas zu erhöhen, um die Herrn vom Bundesrath etwas sparsam zu machen, stehe ich gar nicht feindlich gegenüber. Redner lobt dann weiter die amerikanische Schutzzollpolitik und tritt für Aufhebung der Zollkredite ein.

Richter (FVp.): Ich will zunächst auf die 12 000 Mark-Affäre eingehen. Herr Posadowsky hätte auch diesmal lieber seine Vertheidigung dem Reichskanzler überlassen sollen. Es ist für ein Gesetz Propaganda gemacht worden, gegen das sich der Reichstag erklärt hat. Folglich richtet sich dies Vorgehen der Regierung auch gegen den Reichstag selbst. Der Reichskanzler hat das Verfahren des Reichsamts des Innern für einen Mißgriff erklärt und gesagt, es solle nicht wieder vorkommen. Herr Posadowsky hat heute gesprochen, als habe er ganz korrect gehandelt und sich sogar mit dem Herrn v. Woedtke identifizirt. Graf Posadowsky hat sich also grundsätzlich in Widerspruch zum Reichskanzler gesetzt. In der Transvaalaffäre bin ich von der Erklärung des Reichskanzlers vollauf befriedigt. Nur den Satz, daß sich die Minister in letzter Zeit so gebessert haben sollen, möchte ich nicht so ohne Weiteres unterschreiben. (Große Heiterkeit.) Herr Bebel hat sich auf das Telegramm des Kaisers berufen. Wir haben das Telegramm schon damals getadelt und es für einen schweren politischen Fehler gehalten. Herr Bebel scheint immer gegen die Regierung zu sein, wie sie es auch machen mag. Diesen Zickzackkurs der Sozialdemokratie können wir nicht mitmachen. (Sehr richtig! links.) Die Reise des Präsidenten bezweckte doch nicht bloß Sympathiebezeugungen, sondern eine Intervention gegen England. Wir hätten aber dem Präsidenten in Berlin auch nur leere Worte sagen können und die Depression wäre nachher um so größer gewesen. Ich will das Gebiet verlassen. Graf Limburg-Stirum hat dem Reichskanzler für die Konservativen eine Liebeserklärung gemacht. Das ist noch bei jedem neuen Kanzler so gewesen. (Große Heiterkeit.) Nachher kommt es anders. (Erneute Heiterkeit.) Graf Limburg-Stirum mahnte den Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß die königliche Autorität nicht leide. Ich glaube, daß die königliche Autorität in letzter Zeit weniger gelitten hat, als die der Minister dem König gegenüber. (Sehr gut! links.) Vielleicht hat der Graf aber an den preußischen Landtag gedacht und hat scharf machen wollen, damit die so oft für den Kanalbau eingesetzte königliche Autorität dort nicht mehr leidet. (Große Heiterkeit.) Herr Müller-Fulda ist für die Getreidezölle eingetreten und will die Mehreinnahmen für die Arbeiter verwenden. Nach agrarischer Anschauung soll doch aber, falls der Getreidezoll richtig normirt wird, die Einfuhr fremden Getreides überhaupt aufhören, damit die einheimische Landwirthschaft allein den Bedarf decken kann. (Sehr richtig! rechts.) Dann ist doch von einer Vermehrung der Einnahmen überhaupt nicht die Rede. Uebrigens beziehen wir ja gerade von den Ländern Getreide, an die wir Industrieartikel liefern. Also Schutz der Landwirthschaft und Exportfähigkeit der Industrie wird Herr Müller-Fulda nicht vereinigen können. — Dagegen hat Herr Müller-Fulda gegenüber dem Herrn Reichsschatzsekretär recht behalten: höhere Steuern sind doch nothwendig geworden. In diesem Jahre haben die Mehreinnahmen aus Steuern und Zöllen statt 50 Millionen nur 22 Millionen betragen. Auch Herr v. Miquel sagte seiner Zeit: Steuererhöhungen werden aus der Vermehrung der deutschen Flotte nicht nothwendig werden, „soweit man in die Zukunft sehen kann" fügte er vorsichtig hinzu. Nun, ein Finanzminister muß in die Zukunft von wenigstens sechs Monaten blicken können. (Sehr gut! links.) Redner geht weiter im Einzelnen auf die verschiedenen Etats ein. Der Postetat steht in Wirklichkeit sehr günstig, denn das Anlagekapital der Post wird um 48 Millionen erhöht. Nur die Postassistenten merken von dieser günstigen Finanzlage sehr wenig. Der Reichstag hat wiederholt gefordert, daß 1½ Millionen für Gehaltszwischenstufen zwischen 1500 und 3000 Mk. ausgegeben werden. Aber der Vater aller Hindernisse scheint auch hier dahinter zu stecken. (Gr. Heiterkeit.) Herr Miquel fürchtet jedenfalls, daß in Preußen Beamte Konsequenzen aus einer solchen Zulage ziehen könnten. Auch die Weltpolitik greift in die Ausgaben für die Post ein. Es wird die Legung eines Weltkabelnetzes verlangt, damit wir bei Uebermittelung wichtiger telegraphischer Nachrichten nicht auf fremde Staaten angewiesen sind. Vor Kurzem wußte man im Reichspostamt darüber noch nichts Bestimmtes, aber neulich auf der Soiree im Lichthof des Reichspostmuseums wurde diese Forderung ganz offen am Schluß des Vortrages eines hohen Postbeamten gefordert. Den Herren scheint also die Erleuchtung plötzlich von oben gekommen zu sein. (Gr. Heiterkeit, sehr gut! links.) — Daß die Pumpwirthschaft aufhören muß, darüber sind wir alle einig. Nur über das Wie gehen die Ansichten auseinander. Die Einzelstaaten wollen die Matrikularbeiträge nicht erhöhen, Steuern dem Reiche nicht überweisen, wo soll also das Geld herkommen? Da ist die Hauptsache, daß wir keine neuen Schulden machen. (Sehr richtig! links.) An Stelle der phantastischen Weltpolitik muß wieder das alte nüchterne Einmaleins treten. Nicht der Glanz der Monarchen, auch nicht die Macht des Reiches, sondern die Wohlfahrt des Volkes ist die Hauptsache. (Lebh. Beif. links.)

Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) begrüßt den neuen Reichskanzler, wünscht aber von ihm Vorlegung des Militärpensionsgesetzes und bedauert den Nichtempfang Krügers. Die Pflicht der Gastfreundschaft hätten wir bei aller Unabhängigkeit gegen England erfüllen können. Diese Unabhängigkeit sei die Hauptsache. Das deutsche Volk wünsche die Devise: „Los von England."

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Lieber (Z.): Herr Bebel hat wieder eine Aeußerung vorgetragen, die ich auf dem letzten Katholikentage gethan haben soll. Ich soll dort gesagt haben, das Zentrum habe der Regierung gegenüber auf den Luxus einer selbstständigen Politik verzichtet. Ich habe damals zu den Katholiken gesprochen von dem Verhältnisse der Katholiken untereinander in Bezug auf ihre politische Ueberzeugung. Ich werde mir erlauben, die betreffende Stelle aus dem Stenogramm zu verlesen. Sie lautet: „In dem Maße, in welchem das Zentrum insbesondere an der Gesetzgebung des Deutschen Reiches wenn auch nicht maßgebende so doch ausschlaggebende Partei geworden ist, ist auch das Bedürfniß und die Erkenntniß in uns allen mächtig geworden, daß wir in scheinbar gleichgültigen Dingen auf den Luxus einer selbstständigen politischen Ueberzeugung vielfach im Interesse der Gesammtheit verzichten müssen." Ich überlasse die Beurtheilung der Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Bebel und des Vorwurfes, den er mir wegen dieser Aeußerung gemacht hat jedem verständigen und loyalen Hörer.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 6½ Uhr.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Wozu kein Geld da ist und wozu man die Sozialdemokratie braucht. Aus preußischen Lehrerkreisen schreibt man der Berliner national-sozialen „Welt am Montag": Im Lande der Schulen geht es zur Zeit bunt her. Hunderte von Schulstellen müssen unbesetzt bleiben, weil ein Minimum von 900 bis 1800 Mark erreichbar in 31 Dienstjahren nicht genug zieht. Schulhäuser werden wegen Baufälligkeit geschlossen, worüber man sich bei den dehnbaren Verpflichtungen der Herren Schulpatrone nicht wundern darf. Jedenfalls wegen ihrer besonderen Vorliebe für das Volksbildungswesen läßt man ihnen dies Recht geradezu en masse. So übt Fürst Pleß in Schlesien das Patronat aus über 123, Graf Henckel von Donnersmarck über 129, Graf Tiele-Winckler über 94, der Herzog von Ratibor über 87 Schulen. Da ist es begreiflich, wenn 1 400 000 Kinder in überfüllten Klassen sitzen, d. h. solchen, in denen mehr als 70 (!) Kinder unterrichtet werden. Unter normalen Verhältnissen würden zur Zeit 12 574 Lehrer und 13 570 Klassenräume fehlen. Solange Miquel und Agrarisch, Kanalfeindlichkeit und ostelbisches Junkerthum Trumpf sein dürfen, kommt für die Volksschule nicht das Morgenroth. Sollte die Sozialdemokratie wirklich nach der Weisheit der Zubeil und Hoffmann im preußischen Parlament nichts zu suchen haben? — Wir wollen den alten Streit um die „Weisheit der Zubeil und Hoffmann" nicht erneuern. Uns freut nur, daß ein Lehrer in einem national-sozialen Blatte im Interesse der Kultur den Einzug der Sozialdemokraten in den preußischen Landtag für nothwendig erklärt.

Dem Volke Kartoffeln, dem Vieh Getreide. Nach einer Berechnung werden in Deutschland etwa 45—46 Millionen Zentner Roggen, mehr als ein Viertel der gesammten Erntemenge, an das Vieh verfüttert. Das arbeitende Volk mag dafür die als Ernährungsmittel fast werthlose Kartoffel essen.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat am Dienstag die Mandate des nationalliberalen Abg. Hilbck für Dortmund und des wildkonservativen Abg. Graf Dönhoff-Friedrichstein für Königsberg-Land für giltig erklärt. — Die Kommission für die Seemannsordnung hat am Dienstag ihre erste Sitzung abgehalten. Von einer Gesammtdiskussion wurde abgesehen. Die Seeberufsgenossenschaft hat eine Erwiderung auf die Schrift des Antisemiten Raab zu den Akten eingesandt. Die §§ 1 bis 9 wurden im wesentlichen unverändert angenommen. Nur wurde, entgegen der Regierungsvorlage, in § 4 bestimmt, daß die Konsuln im Ausland bei den Seemannsämtern nicht mitwirken, wenn von einem Betheiligten gegen ihre Mitwirkung Widerspruch erhoben wird. Die weitere Berathung wurde bis nach Neujahr vertagt. Zum Referenten wurde Abg. Lenzmann bestimmt. — Die Einberufung des preußischen Landtags erfolgt zum Dienstag, den 15. Januar, nicht, wie gestern verlautete, 14. — In Wilhelmshaven sind Dienstag mit dem Lloyddampfer „Köln" eine Anzahl Offiziere, 243 Unteroffiziere und 732 Mann, der Mehrzahl nach den Stammformationen der Matrosen- und Werftdivision angehörend, ferner etwa 30 Mann vom 3. Marine-Infanterie-Bataillon aus Tsingtau eingetroffen. Ferner befanden sich an Bord noch 7 Kranke sowie einige militärische Arrestanten. — Wegen Soldatenmißhandlung wurde in Neisse vom Kriegsgericht der 12. Division der Unteroffizier Franz Hoffmann vom 63. Inf.-Reg. zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Im Sternberg-Prozeß wurde Dienstag zunächst der verhaftete Kriminalkommissar Thiel als Zeuge vernommen. Zeuge schilderte, wie er mit der Sternbergsache in Verbindung gekommen sei; er gab als Grund seiner Verfehlung seine mißliche Vermögenslage an und erklärte, daß die Aussagen Stierstädter's über dessen Unterredungen mit ihm hinsichtlich der Sternberg-Affaire der Wahrheit entsprechend seien. Bezüglich seines Geständnisses im Ermittelungsverfahren, wonach er dem Justizrath Dr. Sello schon im März mitgetheilt hätte, daß er ein bestochener Beamter sei, befragt, erklärte Zeuge ausdrücklich, er habe Dr. Sello nicht gesagt, daß er ein bestochener Beamter sei. Zeuge erklärte ferner, daß er den Namen Sellos in Unterhaltungen mit Stierstädter von Anfang bis Ende gemißbraucht habe. Auf Verhalt des Staatsanwalts, daß der Zeuge vor dem Untersuchungsrichter viel bestimmtere Angaben machte, sagte Zeuge, er sei damals, sehend, daß alles zusammenbrach, natürlich furchtbar erregt gewesen. Er könne nicht beschwören, Sello gesagt zu haben, daß seine Verfehlung in der Sternbergsache geschehen sei. Zeuge erklärte ferner, seine Berichte habe Luppa mit sich genommen. Was aus denselben geworden sei, wisse er nicht. Zeuge sagte schließlich noch, Luppa müsse noch andere und bessere Verbindungen als ihn (Zeugen) gehabt haben und erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er nicht im Allergeringsten irgend welche Thätigkeit des Polizeidirektors v. Meerscheidt in dieser Sache bemerkt habe. — Von der Polizei in Berlin aufgelöst wurde Montag eine antisemitische Versammlung, nachdem Graf Pückler soeben eine seiner sattsam bekannten Dreschreden begonnen hatte. — Dienstag Abend wird, so wird aus dem Haag gemeldet, die zu Ehren

Krüger's in Aussicht genommene Serenade der Schüler verboten, weil die Polizei Ruhestörungen befürchtete. — Vierzig Nationalräthe der Schweiz hatten beantragt, der Nationalrath solle einen Appell an's englische Parlament behufs einer schiedsgerichtlichen Erledigung der südafrikanischen Angelegenheit richten. Die Bundesregierung hat nun beschlossen, im Nationalrath die Ablehnung dieses Voranschlages zu beantragen, da die Annahme desselben auf englischer Seite als ein unfreundlicher Akt aufgenommen werden könnte. — Die französische Deputirtenkammer nahm in ihren Dienstag-Sitzung bei Berathung des Justizbudgets mit 254 gegen 252 Stimmen einen Antrag Chabert an, der forderte, daß die sogenannte heilige-Geist-Messe, die bisher alljährlich nach den Gerichtsferien beim Wiederbeginn der Gerichtssitzungen gelesen wurde, künftig nicht mehr gelesen werde. Die Kammer nahm ferner mit 578 gegen 181 Stimmen die Vorlage, betreffend die Reform der Getränkbesteuerung an. — Eine Konstantinopeler Drahtung der „Times" besagt, die Pforte sei von ihren Agenten auf Kreta und im Auslande verständigt worden, daß bei Ablauf der Amtszeit des Prinzen Georg im nächsten Mai die National-Versammlung von Kreta dee Vereinigung Kretas mit Griechenland verkündigen werde. Rußland habe dem Prinzen Georg zu verstehen gegeben, daß es seinen Entschluß billige.

China.

Vom Chinawirrwarr. Der Konflikt zwischen Waldersee und dem amerikanischen General Chaffee ist beigelegt. Der amerikanische General hatte bekanntlich einen heftigen Brief wegen der Wegnahme der astronomischen Instrumente von der Mauer Pekings an Waldersee gerichtet. Nach Mittheilung des Oberkommandos in Peking hat Chaffee schriftlich sein Bedauern wegen seines Briefes ausgesprochen. Kaum war jedoch dieser Streit beigelegt, als sich bereits wieder ein neuer entspann. Dem „Bureau Laffan" wird nämlich aus Peking vom Sonntage gemeldet: Eine Konferenz der militärischen Chefs ist für Montag angesetzt, um über die Einsetzung einer internationalen provisorischen Regierung in Peking zu berathen. Die französischen Kommandanten werden nicht daran theilnehmen, da sie den Grafen Waldersee nicht zur Einberufung einer solchen Konferenz für bevollmächtigt halten. — Der arme Waldersee! Er ist ein Oberbefehlshaber, dessen Autorität Niemand so recht anerkennt. Ob er es unter solchen Umständen nicht für besser hält, seinen Dekorationsposten niederzulegen?

„Daily News" melden aus Schanghai vom 10 Dezember: Vizekönig Tschangtschitung theilte dem britischen Generalkonsul mit, daß er aus Nordchina ein Telegramm erhalten habe, nach welchem die Verbündeten sieben Distrikte der Provinz Petschili südlich von Tientsin bis an die Grenze von Schantung besetzten.

An der russisch-koreanischen Grenze sind, wie über Petersburg gemeldet wird, gefahrdrohende Unruhen dadurch entstanden, daß abgesprengte Theile der von den Russen aus der Mandschurei vertriebenen chinesischen Truppen das Land plündernd durchziehen, ohne daß die Regierung stark genug wäre, die Marodeure niederzuwerfen. Wahrscheilich sind inzwischen bereits russischerseits Maßnahmen getroffen worden, um die Grenzgebiete zu schützen.

Die Volksversicherung.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben die besser situirten Arbeiterschichten in steigender Zahl Lebensversicherungen auf kleine Summen geschlossen. Dies wurde dadurch ermöglicht, daß verschiedene Versicherungsgesellschaften einen besonderen Typus des Versicherungsgeschäfts einrichteten, der unter dem Namen Volks-, Arbeiter-, auch Markversicherung bekannt geworden ist. Dieser Typ des Versicherungsgeschäftes stammt aus England. Dort war es zuerst die Lebensversicherungsgesellschaft „Prudential" in London, die vor etwa 50 Jahren die Versicherung ganz kleiner Kapitalien begann. Aus den allerbescheidensten Anfängen heraus hat sich diese Gesellschaft zu einem Institut entwickelt, das bei Beschränkung seines Wirkungskreises auf Großbritannien und Irland gegenwärtig ungefähr den dritten Theil der gesammten Bevölkerung dieser Länder zu seinen Versicherten zählt. Der durchschnittliche Wochenbeitrag stellt sich nach deutschem Geld auf ungefähr 15 Pfg. und die durchschnittliche Versicherungssumme auf 195 Mark. Die großen Erfolge der „Prudential" haben bald zahlreiche Konkurrenzanstalten in England entstehen lassen, so daß dort gegenwärtig 51 Gesellschaften die kleineren Lebensversicherungen betreiben. Etwas später als in England kam in Amerika die Volksversicherung auf. Die Lebensversicherungsgesellschaft „Metropolitan" in Newyork ging, nachdem sie beim Betriebe des Lebensversicherungsgeschäftes mit größeren Versicherungssummen keine Erfolge aufzuweisen hatte, 1879 dazu über, die Versicherung kleiner Kapitalien gegen wöchentliche Beiträge aufzunehmen. Schon Ende 1887 belief sich der Bestand der Policen in der Arbeiterversicherungsabtheilung auf 4 028 722 mit einer Versicherungssumme von 2 270 960 963 Mark. Daneben bestehen in den Vereinigten Staaten etwa noch 9 große konkurrirende Gesellschaften. In Deutschland ist die Volksversicherung sehr viel später eingeführt worden. Noch im Jahre 1891 betrug die Versicherungssumme der neu abgeschlossenen Versicherungen dieser Art nicht mehr als 18 846 448 Mark. Hieran war die Gesellschaft „Friedrich Wilhelm" in Berlin, die die Versicherung kleiner Kapitalien unter dem Namen Arbeiterversicherung seit 1882 betreibt, mit etwa zehn Millionen Mark betheiligt. Die „Viktoria" in Berlin nahm im Jahre 1892 die Versicherung kleiner Kapitalien unter dem Namen Volksversicherung auf. Schon in dem nämlichen Jahre hat sich die Gesammtversicherungssumme der neuen Abschlüsse auf 46 301 104 Mark, wozu die „Viktoria" 21 555 227 Mk. beitrug, beziffert. Seitdem ist die Zahl der Versicherung kleiner Kapitalien beständig gewachsen, und die Erfolge, die die Gesellschaften mit diesem Zweige der Versicherung gehabt haben, veranlaßten eine ganze Reihe anderer Versicherungsgesellschaften, den Betrieb der Volksversicherung gleichfalls aufzunehmen. Im Ganzen bestehen gegenwärtig unter dem Namen Volks-, Arbeiter-, Markversicherungen und dergl. bei 30 bis 40 Gesellschaften etwa 3 Millionen Policen über kleine Kapitalien mit einer Versicherungssumme von annähernd einer halben Milliarde Mark.

Was die Leistungen der Volksversicherung betrifft, so genügen sie keineswegs den Ansprüchen, die man im Interesse der Versicherten stellen muß. Ehe wir jedoch auf die Schattenseiten dieser Form des Versicherungsgeschäftes eingehen, sei vorher an einem Beispiel gezeigt, in welchem Umfange doch schon den Versicherten die Leistungen der Gesellschaften zu gute kommen. Die Gesellschaft „Friedrich Wilhelm" zu Berlin hat seit Begründung der Arbeiterversicherung, also in den Jahren 1883 bis 1899, auf insgesammt 72 959 Todesfälle 8 252 910.41 Mk. Versicherungssumme ausbezahlt. Seit 1883 stieg die Zahl der Todesfälle sowie die ausbezahlte Versicherungssumme in folgender Weise:

Jahr	Anzahl der Todesfälle	Ausbezahlt Mk.
1883	161	18 693,56
1884	322	39 882,95
1885	632	78 958,35
1886	1 021	118 599,85
1887	1 190	131 865,95
1888	1 637	168 922,96
1889	2 180	234 991,10
1890	2 719	285 327,90
1891	3 207	352 937,85
1892	3 754	413 521,99
1893	4 613	497 252 25
1894	5 338	584 330,25
1895	6 363	710 023,50
1896	7 550	830 925,15
1897	8 768	1 004 766,55
1898	10 463	1 212 153,31
1899	13 041	1 539 756,94

Das große Bedenken nun, das wir gegen die Volksversicherung aussprechen müssen, wird dadurch hervorgerufen, daß die Volksversicherung im Punkte der Billigkeit der Lebensversicherung für begüterte Kreise bedeutend nachsteht. Die Versicherung der Armen ist wesentlich theuerer als diejenige der bemittelten Kreise. Dies ist aber keineswegs in der Natur der Volksversicherung begründet. Im Gegentheil, die Volksversicherung ist für die Gesellschaften sehr rentabel. Das geht schon daraus hervor, daß es Versicherungs-Gesellschaften giebt, die aus dem Betriebe der Volksversicherung die Verluste aus anderen Zweigen ihres Versicherungsgeschäftes zu decken vermögen. So konnten z. B. im Jahre 1897 von dem Ueberschuß der „Victoria" aus der Volksversicherung 618 431 Mk. der Gesellschaft gutgeschrieben werden, ein Betrag, der ziemlich genau den an die Verwaltung vertheilten Tantiemen plus der gesammten Aktiendividende entsprach. Da ferner die Hauptbranche der „Viktoria", die eigentliche Lebensversicherung mit Gewinnantheil, nicht nur nichts von ihrem Ueberschuß an die Gesellschaft abzugeben hatte, sondern sogar noch einen Zuschuß von fast 200 000 Mk. von ihr erhielt, so wurde in diesem Falle der ganze Gewinn der Versicherungs-Gesellschaft „Viktoria" gerade aus den Versicherten gezogen, die der minder bemittelten Klasse angehören. Es ergiebt sich das Unikum, daß bei der Volksversicherung die minder bemittelten Volksversicherten besteuert werden können, um den wohlhabenderen Lebensversicherten ihre Versicherung zu verbilligen. Diese Möglichkeit stellt eine Gefahr für die Volksversicherten dar, der ganz entschieden vorgebeugt werden muß. Es kommt hinzu, daß die Verwaltungskosten bei der Volksversicherung ungemein hohe sind. Sie verschlingen 35 bis 40 Prozent der jährlichen Prämien. Allein die Inkasso-Provisionen betragen durchschnittlich 12¾ Proz. der Prämien, gegen ca. 2 Proz. bei Lebensversicherungs-Gesellschaften, die Abschlußprovision fast 30 Prozent, gegen 10 bis 15 Prozent. Die Höhe der Verwaltungskosten kann in keiner Weise als gerechtfertigt gelten. Daran ändert auch der Hinweis auf ähnliche Verhältnisse im Ausland nichts. Es wird in den Kreisen der Versicherungsgesellschaften selbst empfunden, daß eine derartige Höhe der Verwaltungskosten auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Denn als Entschuldigung wird von den Gesellschaften angeführt, daß sie die Volksversicherung erst wenige Jahre betreiben, das Risiko noch zu hoch sei. Auf Grund längerer Erfahrungen werde sich wohl mit der Zeit eine dem Publikum günstige Aenderung vornehmen lassen. Dieses Vertrösten auf die Zukunft ist jedoch denjenigen, die gegenwärtig der Versicherung angehören, nicht genügend: sie müssen darauf drängen, daß die Verwaltungskosten sobald wie möglich auf ein entsprechendes Maß herabgedrückt werden. So ist namentlich eine Vereinfachung des Geschäftsbetriebes in der Weise anzustreben, daß das Inkasso möglichst leistungsfähig und und billig organisirt wird. Es ließe sich z. B. ganz gut, ähnlich wie es bei der Reiseversicherung zum Theil jetzt schon geschieht, durch Aufstellung von Automaten an geeigneten Orten eine große Vereinfachung und Verbilligung des Inkassos erzielen. Aus solchen Automaten würde der einzelne Versicherungsnehmer jede Woche seine Marken entnehmen könnenen; die persönliche Einziehung des wöchentlichen Betrages fiele damit weg. Eine monatliche oder auch zweimonatliche Revision bei den Versicherten würde genügen. Durch eine solche Einrichtung würden die Kosten des Inkassos wesentlich herabgedrückt. Es muß ferner verlangt werden, daß der Unternehmungsgewinn aus der Volksversicherung möglichst niedrig gehalten wird, daß vielmehr der ganze Gewinn, nach Abzug des Zinses an das Aktienkapital für Tragung des Risikos, den Versicherten zufällt. Endlich muß die Abschlußprovision auf ein Maß herabgesetzt werden, das einigermaßen im Verhältniß zum Werthe des abgeschlossenen Geschäfts selbst steht.

Die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Versicherer und Versichertem, also die privatrechtliche Seite des Versicherungsgeschäftes, wird in dem jetzt von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf leider nicht geregelt, obgleich eine solche Regelung die Voraussetzung zur verwaltungsrechtlichen Regelung der Materie bildet. Immerhin wird man versuchen müssen, bei der Berathung des Entwurfes für das private Versicherungswesen die Bestimmungen derart zu gestalten, daß dabei auch die Interessen der an der Volksversicherung betheiligten Personen möglichst berücksichtigt werden. Das kann im Rahmen des vorgelegten Entwurfes immerhin bei der Ausgestaltung der Aufsichtsbefugnisse des Staates gegenüber den Versicherungsanstalten geschehen.

R. Calwer.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 12. Dezember.

Achtung, Arbeiterinnen! Von der Stoffwäschefabrik Oncken u. Carstens, Karpfenstraße, ist der Zuzug streng fernzuhalten.

Achtung, Böttcher! Der Zuzug von Böttchern nach dem Petroleumhafen (Theerhofsinsel) ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission.

Milzbrand in Lübeck. Unsere letzten Mittheilungen können wir heute in Etwas ergänzen. Das Opfer der tückischen Infektionskrankheit ist eine Arbeiterfrau Namens Elwers geworden. Sie hat schon nach eintägigem Kranksein ihren Geist aufgegeben. Außer ihr ist noch ein Bürstenmacher Namens Rauh, allem Anscheine nach ebenfalls an Milzbrand, schwer erkrankt. Derselbe wohnt in Fackenburg; Genaueres über seinen jetzigen Zustand vermochten wir bisher nicht zu ermitteln. Wie es heißt, soll bereits vor längerer Zeit eine Arbeiterin unter Anzeichen, die sämmtlich auf Milzbrand schließen lassen, erkrankt sein; dieselbe ist jedoch wieder genesen. Die ganzen Vorgänge werfen gleichzeitig wieder ein grelles Licht auf die unselige Akkordarbeit, welche bei der Firma Liedtke u. Stolterfoht, wie überhaupt in der Bürsten- und Pinselindustrie gang und gäbe ist. In dieser Branche bemühen sich die Arbeitgeber, durch sogenannte „freie Arbeiter" der Konkurrenz der Zuchthaus- und Gefängnißinsassen zu begegnen. Das ist natürlich nur durch miserable Entlohnung und intensivste Ausnutzung der Arbeiter, vor allem aber auch durch die Beschäftigung von Frauen und Mädchen, möglich. Soll da bei der Akkordarbeit noch ein halbwegs nennenswerther Lohn herausgeschlagen werden, dann ist es selbstverständlich, daß mit wahnsinniger Hast geschafft, daß jede Minute ausgenutzt werden muß. Und so kommt es denn ganz von selbst, daß alle Rücksichten auf Reinlichkeit und Gesundheitsschutz vergessen werden. Selbst wenn — was nicht immer und überall der Fall ist — Vorkehrungen für die Essenszeit usw. getroffen sind, werden sie kaum benutzt. Die Leute gönnen sich nicht die Zeit, in Muße und in Sauberkeit ihre Speisen zu sich zu nehmen. Zwischen den Borsten und dem Pech, mit schmutzigen Händen, werden während der Arbeit die einzelnen Happen in den Mund geschoben, damit nur ja die kostbare Zeit nicht „vergeudet" wird. Das ist der Fluch der Akkordarbeit! Daß unter solchen Umständen die Unfallgefahr auch in Betrieben, in denen bis zu einem gewissen Grade auf Ordnung gehalten wird, eine enorm große ist, liegt klar auf der Hand. Charakteristisch und außerordentlich lehrreich ist aber auch die Thatsache, daß gerade diese unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen beschäftigten Arbeiter durchweg theilnahmslos den Arbeiterorganisationen gegenüberstehen. Theilnahmslos, obwohl doch ihre einzige Hülfe und Rettung gerade Verbände sind, die planmäßig dem Krebsschaden der Arbeit, der demoralisirenden, entnervenden Akkord-Mordarbeit zu Leibe rücken! Wie oft haben wir schon auf das Eindringlichste den Betheiligten erläutert, wie die Dinge liegen. Leider meistens vergebens! Sollen denn nur die bejammernswerthen Opfer ihrer Gleichgültigkeit und Energielosigkeit sie auf Momente in Wallung versetzen und ihnen ihr Elend begreiflich machen? Werden sie nicht endlich begreifen, daß sie andere Saiten aufspannen, handeln müssen?

Im Prozesse gegen das Gemeinderathsmitglied Muuß aus Schwartau wegen angeblicher Beleidigung des Armenhausökonomen Draguhn erfolgte heute kostenlose Freisprechung.

„Liberal" schimpft sich die „Eisenbahn-Zeitung." Danach scheint ein Hinundhergondeln zwischen dem antisemitischen Bund der Landwirthe und dem nationalen Liberalismus jetzt mit diesem Worte bezeichnet zu werden. Das mag freilich Kantinenjargon sein, in der Politik redete man bis heute nicht so!

= **Arbeiterrisiko.** Wir berichteten vor einigen Tagen, daß ein Arbeiter Grell bei der Firma Holzmann verunglückt und seinen Wunden erlegen sei. Von gutunterrichteter Seite erfahren wir jetzt Folgendes: Grell war als Heizer am Durchstich bei der Herrenfähre beschäftigt. Dort gerieth er mit beiden Beinen unter die Lowren, ob durch Verschulden des Lokomotivführers, — wie behauptet wird — sei dahingestellt. Das rechte Bein war im Kniegelenk, das linke unterhalb des Kniegelenks verletzt. Der Unfall ereignete sich um 10 Uhr Vormittags. Die nun folgenden Einzelheiten zu prüfen, sind wir nicht in der Lage; wir vertrauen unserem Gewährsmann und würden etwaige Irrthümer gern berichtigen. Zunächst wird also behauptet, daß an dem Platze, wo nach dem Ergebniß der Volkszählung rund 90 Personen arbeiten, kein Material zur Anlegung eines Nothverbandes vorhanden war. Man habe die Adern unterbunden; selbst zum Anlegen der Lappen habe man sich mit Zwirn behelfen müssen. Dann seien zu Fuß Leute nach Siems gegangen, um Fuhrwerk zu holen. Letzteres, welches vom Gemeindevorsteher Kabel bezogen wurde, sei erst geschmiert worden. Auf einige Klappen Stroh wurde dann

zur Verfügung gestellt worden sind, nicht gebucht? Der Kaiser hat nicht das Recht, derartiges Geld in Empfang zu nehmen. (Lebh. Zustimmung links.) Das Geld muß in die Reichskasse fließen, und der Reichstag hat darüber zu beschließen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sonst liegt eine schwere Verletzung unseres Budgetrechts vor. (Bravo! links.) Dem alten sic volo, sic jubeo müssen wir endlich Einhalt gebieten. (Bravo! b. d. Soz.) In Bezug auf die Sozialpolitik stand in der Thronrede wenig. Es sind Statistiken über die gewerbliche Kinderarbeit und über die Beschäftigung verheiratheter Arbeiterfrauen aufgenommen worden. Aber zu beiden Materien stehen keine Vorlagen in Aussicht. Ebenso ist es zu bemängeln, daß das Krankenversicherungsgesetz nicht angekündigt ist. Das hat Herr Dr. Sattler schon gethan. Hat er vielleicht den Glauben, daß diese Vorlage eine arbeiterfreundliche sein würde? (Abg. Sattler: ja!) Das ist aber ein Köhlerglaube. (Gr. Heiterkeit!) Wir haben ja gehört, was kommen wird. Den freien Hilfskassen geht es an den Kragen. Ein Gesetz für die Anerkennung der Gewerkschaften wird von der Arbeiterschaft erstrebt. Ihre Versammlungen werden verboten, wie erst ein Beispiel der letzten Tage gezeigt. — Die Bäckereiarbeiter haben ferner nachgewiesen, daß die Bäckermeister vielfach die Bäckereiverordnung nicht eingehalten haben. Trotzdem will man die Bäckereiverordnung zu ungunsten der Arbeiter verschlechtern. Also auf allen Gebieten ein arbeiterfeindlicher Geist. Auf dem Gebiet der Gesundheitspflege, der Bildung, wieviel ist da noch zu thun? Wir haben zu wenig Schulen, zu wenig Lehrer. Ein subsidiäres Eintreten des Reichs wäre unbedingt nothwendig. Auch die Wohnungsnoth wird die Regierung nicht veranlassen, einzuspringen. Angesichts der Wohnungsnoth wagten es die Hausbesitzer des Ostens von Berlin noch auf ihrem Stiftungsfest eine Strophe zu singen, die die Miether geradezu verhöhnt. Das ist eine Brutalität, wie sie nur die bürgerliche Gesellschaft erziehen kann. Eine ungeheure Zunahme der Sittlichkeitsverbrechen sehen wir besonders in den Kreisen der protestantischen und katholischen Geistlichkeit, eine zunehmende Korruption der Polizeibehörden. Und was mag erst hinter den Kulissen vor sich gehen?! In den nächsten Tagen wird es wieder in den Kirchen heißen: „Frieden auf Erden". Da wird angesichts der bösen Zustände im Lande manchem das Wort im Halse stecken bleiben. Wir stehen am Ende des 19. Jahrhunderts, das groß ist in seinen Errungenschaften, aber auch groß in der Schaffung der Klassengegensätze und der nationalen Gegensätze. Und die bürgerliche Gesellschaft sehen wir unfähig, diese Widersprüche zu lösen. Sie ist mit ihrem Latein zu Ende. (Große Unruhe und Lachen rechts, im Centrum und bei den Natlib.) Sie arbeiten nur für uns, m. H., die sozialdemokratischen Mühlen mahlen rasch. Unser ist die Ernte, nicht Ihnen (zu den Kons.), wie Ihnen neulich Herr Dr. Oertel verkündigt hat. Ueberall sehen Sie Fortschritte der Sozialdemokratie, durch Sie hervorgerufen. Also: es leben unsere Freunde, die Feinde! (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Als der Reichstag die Debatte über die Interpellation des Herrn Abg. Albrecht schloß, hörte man den Ruf: „Und Graf Posadowsky?" Nach dem Inhalt der Interpellation war es mir nicht möglich, zu sprechen. Es konnte nur der Reichskanzler sprechen. Wer mich kennt, weiß, daß ich Furcht nicht kenne (Bravo! rechts.), daß ich nicht den Kampf mit der Partei scheue, die mir hier gegenüber sitzt. Ich bin dem Abg. Bebel dankbar dafür, daß er die sogenannte 12 000 Mark-Affäre als eine partie remise betrachtet hat. Ich erkläre hier vor dem gesammten Lande, daß es nebensächlich ist, ob ich von diesem Eingriff des Zentralverbandes der Industriellen etwas gewußt habe oder nicht. Ich trage die Verantwortlichkeit für das, was in meinem Amt geschieht, und ich werde sie niemals von mir abschütteln. Die Frage hängt eng zusammen mit dem Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen. In einem großen Theil der Presse hat man dieses Gesetz vollkommen falsch beleuchtet. Es war nicht nur zum Besten der Arbeitgeber, es war auch zum Besten der Arbeiter! (Lautes Lachen bei den Sozialdem. — Zuruf der Sozialdem.: Darum die 12 000 Mk.!)

Präs. Graf Ballestrem: Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.

Graf Posadowsky (fortfahrend): Herr Bebel, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, bitte, haben Sie die Rücksicht, auch meine parteilosen Erörterungen zu hören. Wir sind hier nicht im Konvent, sondern im deutschen Reichstag. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdem.) Das Gesetz ist von einem Gedanken ausgegangen, den vor Kurzem der Minister einer Republik geäußert hat, daß der Arbeitswillige genau dasselbe Recht habe, wie der, der nicht arbeiten will. Das hat man jetzt verschwiegen, wenn man sagt, es sei ein Gesetz zu Gunsten der Unternehmerinteressen. Der Beitrag, den der Zentralverband geleistet hat, der von ihm erbeten ist zur Verbreitung des Gesetzes in der Oeffentlichkeit, ist verwendet worden, um Ausgaben zu decken, die durch Verbreitung der Auszüge aus der Denkschrift und der hier vom Bundesrathstisch gehaltenen Reden entstanden sind. Daß die Absicht dieser Publikationen nicht sein konnte, das Gesetz durchzubringen, das ist klar. Jedem war es nach der ersten Lesung klar, daß das Gesetz nicht durchkäme. Nur als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Agitation, die behauptete, jeder Arbeiter würde durch das Gesetz getroffen, und es verschwieg, daß nur der bestraft werden sollte, der ungesetzliche Mittel anwenden würde, und daß es sich auch gegen die Arbeitgeber wenden sollte, deshalb war, um die Aufregung und Mißstimmung zu beseitigen, Alles gethan worden, um den Irrthum aufzuklären. Die Sozialdemokratie hat im Gegentheil Alles gethan, um die Aufregung zu vermehren. (Lachen bei den Soz.) Da war es nöthig, daß man die Wahrheit unter das Volk trug (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß man amtliches Material verbreitete. (Unruhe bei den Soz.)

Präs. Graf Ballestrem: Ich bitte, in einer so erregten Debatte nicht durch Zwischenrufe Widerspruch und Zustimmung kundzugeben. (Unruhe bei den Soz. Zuruf: Hier sind wir doch nicht in einer Kaserne!)

Graf Posadowsky (fortfahrend): Daß die Regierung derartiges amtliches Material verbreitet, das wird ihr Niemand zum Vorwurf machen können. Angegriffen ist, daß man die Kosten vom Zentralverband der Industriellen erbeten hat. Ueber die politische Opportunität dieser Maßregel kann man streiten. Der Herr Reichskanzler hat ja sein Urtheil bereits abgegeben. Die Oberrechnungskammer hätte sicherlich, wo der Druckkostenfonds des Reichsamts des Innern 190 000 Mark beträgt, es nicht monirt, wenn man diese Mittel zur Verbreitung benutzt hätte. Wenn es nicht geschehen ist, so mag die Ursache eine gewisse bureaukratische Aengstlichkeit gewesen sein (Heiterkeit) oder es mag der Gedanke obgewaltet haben, daß der größte industrielle Verband ein so großes Interesse (hört! hört! bei den Soz.) daran hatte, die Arbeiter über die wirklichen Absichten des Gesetzes aufzuklären, so daß man ihm auch die Kosten auferlegt hatte. Die Angriffe gegen mich und einen anderen verdienstvollen Beamten (Lachen bei den Soz.) legen mir das Wort eines französischen Kriminalrichters in den Mund: „Geben Sie mir zwei Zeilen von der Hand eines Mannes und ich hänge ein Kapitalverbrecher darauf." Wir hatten eine Nachtragsdenkschrift mit großen Mengen gerichtlichen Materials zur Begründung des Gesetzes ausgearbeitet (hört! bei den Soz.), die wir nicht mehr vorlegten, weil wir nicht glaubten, daß noch Aussicht für das Gesetz sei. Weiter ist bei der Interpellation behauptet worden, das Reichsamt des Innern sei schon seit 1879 vom Zentralverband abhängig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber ich habe beim Invalidenversicherungsgesetz gegen den heftigsten Widerstand des Zentralverbandes die besonderen Gerichte für die Unfallversicherung aufheben wollen und vorgeschlagen, diese Gerichte mit denen für die Invalidenversicherung zu verbinden. Die Presse des Zentralverbandes hat mich damals aufs schärfste wegen der Invaliden- und Unfallversicherung angegriffen, die Sozialdemokraten aber haben für diese beiden Gesetze gestimmt; es waren also wohl keine schlechten Gesetze. Daß Beamte meines Ressorts zu großen Versammlungen des Verbandes gehen, kann doch kein Vorwurf sein; sie werfen uns ja sonst immer vor, wir arbeiten vom grünen Tisch aus. (Zuruf bei den Soz.: Arbeiter-Versammlungen!) Ferner hat man die Verzögerung des Krankenversicherungsgesetzes bemängelt. Die Regelung dieser Materie liegt aber lediglich in den Händen der Einzelstaaten, und von vielen derselben habe ich eben das Material noch nicht bekommen. Was den von Bebel wieder angeführten unvorsichtigen Brief des Herrn Laeisz betrifft, so ist Herr Laisz der Verantwortung entzogen. Die übrigen Herren haben sich durch ihre Unterschrift mit dem Inhalt — nämlich eine Unfallverhütungsvorschrift bei einem Kochapparat zu genehmigen, obwohl der Germanische Lloyd sie für unnöthig hält — einverstanden erklärt, aber doch nicht mit den bedauerlichen Bemerkungen des Briefschreibers. Uebrigens ist abzuwarten, wie das Reichsversicherungsamt als zuständige Aufsichtsbehörde der See-Berufsgenossenschaft sich dazu noch stellen wird. Wenn Herr Bebel weiter bemängelt hat, daß in der Sozialpolitik nicht genug geschähe, so zeigt das, daß Herr Bebel gar keinen praktischen Begriff davon hat, welche Riesenarbeit allein durch die Reform der Unfall- und Invaliditätsgesetze geleistet ist. Ueber die Frage des Schutzes der Arbeit verheiratheter Frauen sind wir beschäftigt, eine Denkschrift auszuarbeiten. Herrn Bebels Angaben über unser Verhältnis zu Amerika sind irrig. Der Präsident der Republik hat uns dieselben Vortheile eingeräumt auf zollpolitischem Gebiete, wie Frankreich. Es ist ja selbstverständlich, daß bei der Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen sich alle Interessengruppen regen. Aber ich möchte doch den Rath geben, die Debatte so zu führen, daß man die eigene Regierung nicht angreift, bevor man weiß, was die eigene Regierung thut. Sonst füllt man dem Feind die Kriegskasse. (Bravo! rechts.)

v. Kardorff (RP.): Herrn Bebels Rede war trotz der Fülle von Gegenständen, die sie berührte, recht eintönig gewesen. Im Wesentlichen glorifizirte er sich selbst und seine Partei. Was den Fall Krüger anlangt, so hat Herr Bebel der allgemeinen Meinung in Deutschland den richtigen Ausdruck gegeben. Auch ich war erschrocken, als ich die Ablehnung des Besuches las. Aber man muß auch bedenken, daß der Reichskanzler von seiner verantwortungsvollen Stellung aus die Sache anders beurtheilen muß, als das große Publikum. Herr Bebel hat den Rückgang der Konjunktur auf den chinesischen Zug zurückgeführt. Ich glaube doch, der wahre Anlaß hierzu ist das Anwachsen der amerikanischen Industrie. So trostlos übrigens, wie Herr Bebel es hingestellt hat, ist unsere Finanzlage nicht. Ganz falsch ist die Behauptung, daß für die Landesvertheidigung bei uns zu große Summen verausgabt werden und daß für Kulturzwecke bei uns wenig übrig ist. Für die Landesvertheidigung geben die übrigen Großmächte pro Kopf mehr aus, als wir, und der Zuschuß zu den Volksschulen ist seit 1870 von 4 Millionen auf 81,7 Millionen gestiegen. (Hört! hört! rechts.) Dem Gedanken des Abg. Müller-Fulda, die Matrikularbeiträge etwas zu erhöhen, um die Herrn vom Bundesrath etwas sparsam zu machen, stehe ich gar nicht feindlich gegenüber. Redner lobt dann weiter die amerikanische Schutzzollpolitik und tritt für Aufhebung der Zollkredite ein.

Richter (FVp.): Ich will zunächst auf die 12 000 Mark-Affäre eingehen. Herr Posadowsky hätte auch diesmal lieber seine Vertheidigung dem Reichskanzler überlassen sollen. Es ist für ein Gesetz Propaganda gemacht worden, gegen das sich der Reichstag erklärt hat. Folglich richtet sich dies Vorgehen der Regierung auch gegen den Reichstag selbst. Der Reichskanzler hat das Verfahren des Reichsamts des Innern für einen Mißgriff erklärt und gesagt, es solle nicht wieder vorkommen. Herr Posadowsky hat heute gesprochen, als habe er ganz korrect gehandelt und sich sogar mit dem Herrn v. Woedtke identifizirt. Graf Posadowsky hat sich also grundsätzlich in Widerspruch zum Reichskanzler gesetzt. In der Transvaalaffäre bin ich von der Erklärung des Reichskanzlers vollauf befriedigt. Nur den Satz, daß sich die Minister in letzter Zeit so gebessert haben sollen, möchte ich nicht so ohne Weiteres unterschreiben. (Große Heiterkeit.) Herr Bebel hat sich auf das Telegramm des Kaisers berufen. Wir haben das Telegramm schon damals getadelt und es für einen schweren politischen Fehler gehalten. Herr Bebel scheint immer gegen die Regierung zu sein, wie sie es auch machen mag. Diesen Zickzackkurs der Sozialdemokratie können wir nicht mitmachen. (Sehr richtig! links.) Die Reise des Präsidenten bezweckte doch nicht bloß Sympathiebezeugungen, sondern eine Intervention gegen England. Wir hätten aber dem Präsidenten in Berlin auch nur leere Worte sagen können und die Depression wäre nachher um so größer gewesen. Ich will das Gebiet verlassen. Graf Limburg-Stirum hat dem Reichskanzler für die Konservativen eine Liebeserklärung gemacht. Das ist noch bei jedem neuen Kanzler so gewesen. (Große Heiterkeit.) Nachher kommt es anders. (Erneute Heiterkeit.) Graf Limburg-Stirum mahnte den Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß die königliche Autorität nicht leide. Ich glaube, daß die königliche Autorität in letzter Zeit weniger gelitten hat, als die der Minister dem König gegenüber. (Sehr gut! links.) Vielleicht hat der Graf aber an den preußischen Landtag gedacht und hat scharf machen wollen, damit die so oft für den Kanalbau eingesetzte königliche Autorität dort nicht mehr leidet. (Große Heiterkeit.) Herr Müller-Fulda ist für die Getreidezölle eingetreten und will die Mehreinnahmen für die Arbeiter verwenden. Nach agrarischer Anschauung soll doch aber, falls der Getreidezoll richtig normirt wird, die Einfuhr fremden Getreides überhaupt aufhören, damit die einheimische Landwirthschaft allein den Bedarf decken kann. (Sehr richtig! rechts.) Dann ist doch von einer Vermehrung der Einnahmen überhaupt nicht die Rede. Uebrigens beziehen wir ja gerade von den Ländern Getreide, an die wir Industrieartikel liefern. Also Schutz der Landwirthschaft und Exportfähigkeit der Industrie wird Herr Müller-Fulda nicht vereinigen können. — Dagegen hat Herr Müller-Fulda gegenüber dem Herrn Reichsschatzsekretär recht behalten: höhere Steuern sind doch nothwendig geworden. In diesem Jahre haben die Mehreinnahmen aus Steuern und Zöllen statt 50 Millionen nur 22 Millionen betragen. Auch Herr v. Miquel sagte seiner Zeit: Steuererhöhungen werden aus der Vermehrung der deutschen Flotte nicht nothwendig werden, „soweit man in die Zukunft sehen kann" fügte er vorsichtig hinzu. Nun, ein Finanzminister muß in die Zukunft von wenigstens sechs Monaten blicken können. (Sehr gut! links.) Redner geht weiter im Einzelnen auf die verschiedenen Etats ein. Der Postetat steht in Wirklichkeit sehr günstig, denn das Anlagekapital der Post wird um 48 Millionen erhöht. Nur die Postassistenten merken von dieser günstigen Finanzlage sehr wenig. Der Reichstag hat wiederholt gefordert, daß 1½ Millionen für Gehaltszwischenstufen zwischen 1500 und 3000 Mk. ausgegeben werden. Aber der Vater aller Hindernisse scheint auch hier dahinter zu stecken. (Gr. Heiterkeit.) Herr Miquel fürchtet jedenfalls, daß in Preußen Beamte Konsequenzen aus einer solchen Zulage ziehen könnten. Auch die Weltpolitik greift in die Ausgaben für die Post ein. Es wird die Legung eines Weltkabelnetzes verlangt, damit wir bei Uebermittelung wichtiger telegraphischer Nachrichten nicht auf fremde Staaten angewiesen sind. Vor Kurzem wußte man im Reichspostamt darüber noch nichts Bestimmtes, aber neulich auf der Soiree im Lichthof des Reichspostmuseums wurde diese Forderung ganz offen am Schluß des Vortrages eines hohen Postbeamten gefordert. Den Herren scheint also die Erleuchtung plötzlich von oben gekommen zu sein. (Gr. Heiterkeit, sehr gut! links.) — Daß die Pumpwirthschaft aufhören muß, darüber sind wir alle einig. Nur über das Wie gehen die Ansichten auseinander. Die Einzelstaaten wollen die Matrikularbeiträge nicht erhöhen, Steuern dem Reiche nicht überweisen, wo soll also das Geld herkommen? Da ist die Hauptsache, daß wir keine neuen Schulden machen. (Sehr richtig! links.) An Stelle der phantastischen Weltpolitik muß wieder das alte nüchterne Einmaleins treten. Nicht der Glanz der Monarchen, auch nicht die Macht des Reiches, sondern die Wohlfahrt des Volkes ist die Hauptsache. (Lebh. Beif. links.)

Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) begrüßt den neuen Reichskanzler, wünscht aber von ihm Vorlegung des Militärpensionsgesetzes und bedauert den Nichtempfang Krügers. Die Pflicht der Gastfreundschaft hätten wir bei aller Unabhängigkeit gegen England erfüllen können. Diese Unabhängigkeit sei die Hauptsache. Das deutsche Volk wünsche die Devise: „Los von England."

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Lieber (Z.): Herr Bebel hat wieder eine Aeußerung vorgetragen, die ich auf dem letzten Katholikentage gethan haben soll. Ich soll dort gesagt haben, das Zentrum habe der Regierung gegenüber auf den Luxus einer selbstständigen Politik verzichtet. Ich habe damals zu den Katholiken gesprochen von dem Verhältnisse der Katholiken untereinander in Bezug auf ihre politische Ueberzeugung. Ich werde mir erlauben, die betreffende Stelle aus dem Stenogramm zu verlesen. Sie lautet: „In dem Maße, in welchem das Zentrum insbesondere an der Gesetzgebung des Deutschen Reiches wenn auch nicht maßgebende so doch ausschlaggebende Partei geworden ist, ist auch das Bedürfniß und die Erkenntniß in uns allen mächtig geworden, daß wir in scheinbar gleichgültigen Dingen auf den Luxus einer selbstständigen politischen Ueberzeugung vielfach im Interesse der Gesammtheit verzichten müssen." Ich überlasse die Beurtheilung der Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Bebel und des Vorwurfes, den er mir wegen dieser Aeußerung gemacht hat jedem verständigen und loyalen Hörer.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 6½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wozu kein Geld da ist und wozu man die Sozialdemokratie braucht. Aus preußischen Lehrerkreisen schreibt man der Berliner national-sozialen „Welt am Montag": Im Lande der Schulen geht es zur Zeit bunt her. Hunderte von Schulstellen müssen unbesetzt bleiben, weil ein Minimum von 900 bis 1800 Mark erreichbar in 31 Dienstjahren nicht genug zieht. Schulhäuser werden wegen Baufälligkeit geschlossen, worüber man sich bei den dehnbaren Verpflichtungen der Herren Schulpatrone nicht wundern darf. Jedenfalls wegen ihrer besonderen Vorliebe für das Volksbildungswesen läßt man ihnen dies Recht geradezu en masse. So übt Fürst Pleß in Schlesien das Patronat aus über 123, Graf Henckel von Donnersmarck über 129, Graf Tiele-Winckler über 94, der Herzog von Ratibor über 87 Schulen. Da ist es begreiflich, wenn 1 400 000 Kinder in überfüllten Klassen sitzen, d. h. solchen, in denen mehr als 70 (!) Kinder unterrichtet werden. Unter normalen Verhältnissen würden zur Zeit 12 574 Lehrer und 13 570 Klassenräume fehlen. Solange Miquel und Agrarisch, Kanalfeindlichkeit und ostelbisches Junkerthum Trumpf sein dürfen, kommt für die Volksschule nicht das Morgenroth. Sollte die Sozialdemokratie wirklich nach der Weisheit der Zubeil und Hoffmann im preußischen Parlament nichts zu suchen haben? — Wir wollen den alten Streit um die „Weisheit der Zubeil und Hoffmann" nicht erneuern. Uns freut nur, daß ein Lehrer in einem national-sozialen Blatte im Interesse der Kultur den Einzug der Sozialdemokraten in den preußischen Landtag für nothwendig erklärt.

Dem Volke Kartoffeln, dem Vieh Getreide. Nach einer Berechnung werden in Deutschland etwa 45—46 Millionen Zentner Roggen, mehr als ein Viertel der gesammten Erntemenge, an das Vieh verfuttert. Das arbeitende Volk mag dafür die als Ernährungsmittel fast werthlose Kartoffel essen.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat am Dienstag die Mandate des nationalliberalen Abg. Hilbck für Dortmund und des wildkonservativen Abg. Graf Dönhoff-Friedrichstein für Königsberg-Land für giltig erklärt. — Die Kommission für die Seemannsordnung hat am Dienstag ihre erste Sitzung abgehalten. Von einer Gesammtdiskussion wurde abgesehen. Die Seeberufsgenossenschaft hat eine Erwiderung auf die Schrift des Antisemiten Raab zu den Akten eingesandt. Die §§ 1 bis 9 wurden im wesentlichen unverändert angenommen. Nur wurde, entgegen der Regierungsvorlage, in § 4 bestimmt, daß die Konsuln im Ausland bei den Seemannsämtern nicht mitwirken, wenn von einem Betheiligten gegen ihre Mitwirkung Widerspruch erhoben wird. Die weitere Berathung wurde bis nach Neujahr vertagt. Zum Referenten wurde Abg. Lenzmann bestimmt. — Die Einberufung des preußischen Landtags erfolgt zum Dienstag, den 15. Januar, nicht, wie gestern verlautete, 14. — In Wilhelmshaven sind Dienstag mit dem Lloyddampfer „Köln" eine Anzahl Offiziere, 243 Unteroffiziere und 732 Mann, der Mehrzahl nach den Stammformationen der Matrosen- und Werftdivision angehörend, ferner etwa 30 Mann vom 3. Marine-Infanterie-Bataillon aus Tsingtau eingetroffen. Ferner befanden sich an Bord noch 7 Kranke sowie einige militärische Arrestanten. — Wegen Soldatenmißhandlung wurde in Neisse vom Kriegsgericht der 12. Division der Unteroffizier Franz Hoffmann vom 63. Inf.-Reg. zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Im Sternberg-Prozeß wurde Dienstag zunächst der verhaftete Kriminalkommissar Thiel als Zeuge vernommen. Zeuge schilderte, wie er mit der Sternbergsache in Verbindung gekommen sei; er gab als Grund seiner Verfehlung seine mißliche Vermögenslage an und erklärte, daß die Aussagen Stierstädter's über dessen Unterredungen mit ihm hinsichtlich der Sternberg-Affaire der Wahrheit entsprechend seien. Bezüglich seines Geständnisses im Ermittelungsverfahren, wonach er dem Justizrath Dr. Sello schon im März mitgetheilt hätte, daß er ein bestochener Beamter sei, befragt, erklärte Zeuge ausdrücklich, er habe Dr. Sello nicht gesagt, daß er ein bestochener Beamter sei. Zeuge erklärte ferner, daß er den Namen Sellos in Unterhaltungen mit Stierstädter von Anfang bis Ende gemißbraucht habe. Auf Verhalt des Staatsanwalts, daß der Zeuge vor dem Untersuchungsrichter viel bestimmtere Angaben machte, sagte Zeuge, er sei damals, sehend, daß alles zusammenbrach, natürlich furchtbar erregt gewesen. Er könne nicht beschwören, Sello gesagt zu haben, daß seine Verfehlung in der Sternbergsache geschehen sei. Zeuge erklärte ferner, seine Berichte habe Lappa mit sich genommen. Was aus denselben geworden sei, wisse er nicht. Zeuge sagte schließlich noch, Lappa müsse noch andere und bessere Verbindungen als ihn (Zeugen) gehabt haben und erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er nicht im Allergeringsten irgend welche Thätigkeit des Polizeidirektors v. Meerscheidt in dieser Sache bemerkt habe. — Von der Polizei in Berlin aufgelöst wurde Montag eine antisemitische Versammlung, nachdem Graf Pückler soeben eine seiner sattsam bekannten Dreschreden begonnen hatte. — Dienstag Abend wird, so wird aus dem Haag gemeldet, die zu Ehren

Krüger's in Aussicht genommene Serenade der Schüler verboten, weil die Polizei Ruhestörungen befürchtete. — Vierzig Nationalräthe der Schweiz hatten beantragt, der Nationalrath solle einen Appell an's englische Parlament behufs einer schiedsgerichtlichen Erledigung der südafrikanischen Angelegenheit richten. Die Bundesregierung hat nun beschlossen, im Nationalrath die Ablehnung dieses Vorschlages zu beantragen, da die Annahme desselben auf englischer Seite als ein unfreundlicher Akt aufgenommen werden könnte. — Die französische Deputirtenkammer nahm in ihren Dienstag-Sitzung bei Berathung des Justizbudgets mit 254 gegen 252 Stimmen einen Antrag Chabert an, der forderte, daß die sogenannte Heilige-Geist-Messe, die bisher alljährlich nach den Gerichtsferien beim Wiederbeginn der Gerichtssitzungen gelesen wurde, künftig nicht mehr gelesen werde. Die Kammer nahm ferner mit 578 gegen 181 Stimmen die Vorlage, betreffend die Reform der Getränkbesteuerung an. — Eine Konstantinopeler Drahtung der „Times" besagt, die Pforte sei von ihren Agenten auf Kreta und im Auslande verständigt worden, daß bei Ablauf der Amtszeit des Prinzen Georg im nächsten Mai die National-Versammlung von Kreta der Vereinigung Kretas mit Griechenland verkündigen werde. Rußland habe dem Prinzen Georg zu verstehen gegeben, daß es seinen Entschluß billige.

China.

Vom Chinawirrwarr. Der Konflikt zwischen Waldersee und dem amerikanischen General Chaffee ist beigelegt. Der amerikanische General hatte bekanntlich einen heftigen Brief wegen der Wegnahme der astronomischen Instrumente von der Mauer Pekings an Waldersee gerichtet. Nach Mittheilung des Oberkommandos in Peking hat Chaffee schriftlich sein Bedauern wegen seines Briefes ausgesprochen. Kaum war jedoch dieser Streit beigelegt, als sich bereits wieder ein neuer entspann. Dem „Bureau Laffan" wird nämlich aus Peking vom Sonntage gemeldet: Eine Konferenz der militärischen Chefs ist für Montag angesetzt, um über die Einsetzung einer internationalen provisorischen Regierung in Peking zu berathen. Die französischen Kommandanten werden nicht daran theilnehmen, da sie den Grafen Waldersee nicht zur Einberufung einer solchen Konferenz für bevollmächtigt halten. — Der arme Waldersee! Er ist ein Oberbefehlshaber, dessen Autorität Niemand so recht anerkennt. Ob er es unter solchen Umständen nicht für besser hält, seinen Dekorationsposten niederzulegen?

„Daily News" melden aus Schanghai vom 10 Dezember: Vizekönig Tschangtschitung theilte dem britischen Generalkonsul mit, daß er aus Nordchina ein Telegramm erhalten habe, nach welchem die Verbündeten sieben Distrikte der Provinz Petschili südlich von Tientsin bis an die Grenze von Schantung besetzten.

An der russisch-koreanischen Grenze sind, wie über Petersburg gemeldet wird, gefahrdrohende Unruhen dadurch entstanden, daß abgesprengte Theile der von den Russen aus der Mandschurei vertriebenen chinesischen Truppen das Land plündernd durchziehen, ohne daß die Regierung stark genug wäre, die Marodeure niederzuwerfen. Wahrscheilich sind inzwischen bereits russischerseits Maßnahmen getroffen worden, um die Grenzgebiete zu schützen.

Die Volksversicherung.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben die besser situirten Arbeiterschichten in steigender Zahl Lebensversicherungen auf kleine Summen geschlossen. Dies wurde dadurch ermöglicht, daß verschiedene Versicherungsgesellschaften einen besonderen Typus des Versicherungsgeschäfts einrichteten, der unter dem Namen Volks-, Arbeiter-, auch Markversicherung bekannt geworden ist. Dieser Typ des Versicherungsgeschäftes stammt aus England. Dort war es zuerst die Lebensversicherungsgesellschaft „Prudential" in London, die vor etwa 50 Jahren die Versicherung ganz kleiner Kapitalien begann. Aus den allerbescheidensten Anfängen heraus hat sich diese Gesellschaft zu einem Institut entwickelt, das bei Beschränkung seines Wirkungskreises auf Großbritannien und Irland gegenwärtig ungefähr den dritten Theil der gesammten Bevölkerung dieser Länder zu seinen Versicherten zählt. Der durchschnittliche Wochenbeitrag stellt sich nach deutschem Geld auf ungefähr 15 Pfg. und die durchschnittliche Versicherungssumme auf 195 Mark. Die großen Erfolge der „Prudential" haben bald zahlreiche Konkurrenzanstalten in England entstehen lassen, so daß dort gegenwärtig 51 Gesellschaften die kleineren Lebensversicherungen betreiben. Etwas später als in England kam in Amerika die Volksversicherung auf. Die Lebensversicherungsgesellschaft „Metropolitan" in Newyork ging, nachdem sie beim Betriebe des Lebensversicherungsgeschäftes mit größeren Versicherungssummen keine Erfolge aufzuweisen hatte, 1879 dazu über, die Versicherung kleiner Kapitalien gegen wöchentliche Beiträge aufzunehmen. Schon Ende 1887 belief sich der Bestand der Policen in der Arbeiterversicherungsabtheilung auf 4 028 722 mit einer Versicherungssumme von 2 270 960 963 Mark. Daneben bestehen in den Vereinigten Staaten etwa noch 9 große konkurrirende Gesellschaften. In Deutschland ist die Volksversicherung sehr viel später eingeführt worden. Noch im Jahre 1891 betrug die Versicherungssumme der neu abgeschlossenen Versicherungen dieser Art nicht mehr als 18 846 448 Mark. Hieran war die Gesellschaft „Friedrich Wilhelm" in Berlin, die die Versicherung kleiner Kapitalien unter dem Namen Arbeiterversicherung seit 1882 betreibt, mit etwa zehn Millionen Mark betheiligt. Die „Viktoria" in Berlin nahm im Jahre 1892 die Versicherung kleiner Kapitalien unter dem Namen Volksversicherung auf. Schon in dem nämlichen Jahre hat sich die Gesammtversicherungssumme der neuen Abschlüsse auf 46 301 104 Mark, wozu die „Viktoria" 21 555 227 Mk. beitrug, beziffert. Seitdem ist die Zahl der Versicherung kleiner Kapitalien beständig gewachsen, und die Erfolge, die die Gesellschaften mit diesem Zweige der Versicherung gehabt haben, veranlaßten eine ganze Reihe anderer Versicherungsgesellschaften, den Betrieb der Volksversicherung gleichfalls aufzunehmen. Im Ganzen bestehen gegenwärtig unter dem Namen Volks-, Arbeiter-, Markversicherungen und dergl. bei 30 bis 40 Gesellschaften etwa 3 Millionen Policen über kleine Kapitalien mit einer Versicherungssumme von annähernd einer halben Milliarde Mark.

Was die Leistungen der Volksversicherung betrifft, so genügen sie keineswegs den Ansprüchen, die man im Interesse der Versicherten stellen muß. Ehe wir jedoch auf die Schattenseiten dieser Form des Versicherungsgeschäftes eingehen, sei vorher an einem Beispiel gezeigt, in welchem Umfange doch schon den Versicherten die Leistungen der Gesellschaften zu gute kommen. Die Gesellschaft „Friedrich Wilhelm" zu Berlin hat seit Begründung der Arbeiterversicherung, also in den Jahren 1883 bis 1899, auf insgesammt 72 959 Todesfälle 8 252 910,41 Mk. Versicherungssumme ausbezahlt. Seit 1883 stieg die Zahl der Todesfälle sowie die ausbezahlte Versicherungssumme in folgender Weise:

Jahr	Anzahl der Todesfälle	Ausbezahlt Mk.
1883	161	18 693,56
1884	322	39 882,95
1885	632	78 958,35
1886	1 021	118 599,85
1887	1 190	131 865,95
1888	1 637	168 922,96
1889	2 180	234 991,10
1890	2 719	285 327,90
1891	3 207	352 937,85
1892	3 754	413 521,99
1893	4 613	497 252 25
1894	5 338	584 330,25
1895	6 363	710 023,50
1896	7 550	830 925,15
1897	8 768	1 004 766,55
1898	10 463	1 212 153,31
1899	13 041	1 539 756,94

Das große Bedenken nun, das wir gegen die Volksversicherung aussprechen müssen, wird dadurch hervorgerufen, daß die Volksversicherung im Punkte der Billigkeit der Lebensversicherung für begüterte Kreise bedeutend nachsteht. Die Versicherung der Armen ist wesentlich theuerer als diejenige der bemittelten Kreise. Dies ist aber keineswegs in der Natur der Volksversicherung begründet. Im Gegentheil, die Volksversicherung ist für die Gesellschaften sehr rentabel. Das geht schon daraus hervor, daß es Versicherungs-Gesellschaften giebt, die aus dem Betriebe der Volksversicherung die Verluste aus anderen Zweigen ihres Versicherungsgeschäftes zu decken vermögen. So konnten z. B. im Jahre 1897 von dem Ueberschuß der „Victoria" aus der Volksversicherung 618 431 Mk. der Gesellschaft gutgeschrieben werden, ein Betrag, der ziemlich genau den an die Verwaltung vertheilten Tantiemen plus der gesammten Aktiendividende entsprach. Da ferner die Hauptbranche der „Viktoria", die eigentliche Lebensversicherung mit Gewinnantheil, nicht nur nichts von ihrem Ueberschuß an die Gesellschaft abzugeben hatte, sondern sogar noch einen Zuschuß von fast 200 000 Mk. von ihr erhielt, so wurde in diesem Falle der ganze Gewinn der Versicherungs-Gesellschaft „Viktoria" gerade aus den Versicherten gezogen, die der minder bemittelten Klasse angehören. Es ergiebt sich das Unikum, daß bei der Volksversicherung die minder bemittelten Volksversicherten besteuert werden können, um den wohlhabenderen Lebensversicherten ihre Versicherung zu verbilligen. Diese Möglichkeit stellt eine Gefahr für die Volksversicherten dar, der ganz entschieden vorgebeugt werden muß. Es kommt hinzu, daß die Verwaltungskosten bei der Volksversicherung ungemein hohe sind. Sie verschlingen 35 bis 40 Prozent der jährlichen Prämien. Allein die Inkasso-Provisionen betragen durchschnittlich 12¾ Proz. der Prämien, gegen ca. 2 Proz. bei Lebensversicherungs-Gesellschaften, die Abschlußprovision fast 30 Prozent, gegen 10 bis 15 Prozent. Die Höhe der Verwaltungskosten kann in keiner Weise als gerechtfertigt gelten. Daran ändert auch der Hinweis auf ähnliche Verhältnisse im Ausland nichts. Es wird in den Kreisen der Versicherungsgesellschaften selbst empfunden, daß eine derartige Höhe der Verwaltungskosten auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Denn als Entschuldigung wird von den Gesellschaften angeführt, daß sie die Volksversicherung erst wenige Jahre betreiben, das Risiko noch zu hoch sei. Auf Grund längerer Erfahrungen werde sich wohl mit der Zeit eine dem Publikum günstige Aenderung vornehmen lassen. Dieses Vertrösten auf die Zukunft ist jedoch denjenigen, die gegenwärtig der Versicherung angehören, nicht genügend: sie müssen darauf drängen, daß die Verwaltungskosten sobald wie möglich auf ein entsprechendes Maß herabgedrückt werden. So ist namentlich eine Vereinfachung des Geschäftsbetriebes in der Weise anzustreben, daß das Inkasso möglichst leistungsfähig und und billig organisirt wird. Es ließe sich z. B. ganz gut, ähnlich wie es bei der Reiseversicherung zum Theil jetzt schon geschieht, durch Aufstellung von Automaten an geeigneten Orten eine große Vereinfachung und Verbilligung des Inkassos erzielen. Aus solchen Automaten würde der einzelne Versicherungsnehmer jede Woche seine Marken entnehmen könnenen; die persönliche Einziehung des wöchentlichen Betrages fiele damit weg. Eine monatliche oder auch zweimonatliche Revision bei den Versicherten würde genügen. Durch eine solche Einrichtung würden die Kosten des Inkassos wesentlich herabgedrückt. Es muß ferner verlangt werden, daß der Unternehmungsgewinn aus der Volksversicherung möglichst niedrig gehalten wird, daß vielmehr der ganze Gewinn, nach Abzug des Zinses an das Aktienkapital für Tragung des Risikos, den Versicherten zufällt. Endlich muß die Abschlußprovision auf ein Maß herabgesetzt werden, das einigermaßen im Verhältniß zum Werthe des abgeschlossenen Geschäfts selbst steht.

Die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Versicherer und Versichertem, also die privatrechtliche Seite des Versicherungsgeschäftes, wird in dem jetzt von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf leider nicht geregelt, obgleich eine solche Regelung die Voraussetzung zur verwaltungsrechtlichen Regelung der Materie bildet. Immerhin wird man versuchen müssen, bei der Berathung des Entwurfes für das private Versicherungswesen die Bestimmungen derart zu gestalten, daß dabei auch die Interessen der an der Volksversicherung betheiligten Personen möglichst berücksichtigt werden. Das kann im Rahmen des vorgelegten Entwurfes immerhin bei der Ausgestaltung der Aufsichtsbefugnisse des Staates gegenüber den Versicherungsanstalten geschehen.

R. Calwer.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 12. Dezember.

Achtung, Arbeiterinnen! Von der Stoffwäschefabrik Oncken u. Carstens, Karpfenstraße, ist der Zuzug streng fernzuhalten.

Achtung, Böttcher! Der Zuzug von Böttchern nach dem Petroleumhafen (Theerhofsinsel) ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission.

Milzbrand in Lübeck. Unsere letzten Mittheilungen können wir heute in Etwas ergänzen. Das Opfer der tückischen Infektionskrankheit ist eine Arbeiterfrau Namens Elwers geworden. Sie hat schon nach eintägigem Kranksein ihren Geist aufgegeben. Außer ihr ist noch ein Bürstenmacher Namens Rauh, allem Anscheine nach ebenfalls an Milzbrand, schwer erkrankt. Derselbe wohnt in Fackenburg; Genaueres über seinen jetzigen Zustand vermochten wir bisher nicht zu ermitteln. Wie es heißt, soll bereits vor längerer Zeit eine Arbeiterin unter Anzeichen, die sämmtlich auf Milzbrand schließen lassen, erkrankt sein; dieselbe ist jedoch wieder genesen. Die ganzen Vorgänge werfen gleichzeitig wieder ein grelles Licht auf die unselige Akkordarbeit, welche bei der Firma Liedtke u. Stolterfoht, wie überhaupt in der Bürsten- und Pinselindustrie gang und gäbe ist. In dieser Branche bemühen sich die Arbeitgeber, durch sogenannte „freie Arbeiter" der Konkurrenz der Zuchthaus- und Gefängnißinsassen zu begegnen. Das ist natürlich nur durch miserable Entlohnung und intensivste Ausnutzung der Arbeiter, vor allem aber auch durch die Beschäftigung von Frauen und Mädchen, möglich. Soll da bei der Akkordarbeit noch ein halbwegs nennenswerther Lohn herausgeschlagen werden, dann ist es selbstverständlich, daß mit wahnsinniger Hast geschafft, daß jede Minute ausgenutzt werden muß. Und so kommt es denn ganz von selbst, daß alle Rücksichten auf Reinlichkeit und Gesundheitsschutz vergessen werden. Selbst wenn — was nicht immer und überall der Fall ist — Vorkehrungen für die Essenszeit usw. getroffen sind, werden sie kaum benutzt. Die Leute gönnen sich nicht die Zeit, in Muße und in Sauberkeit ihre Speisen zu sich zu nehmen. Zwischen den Borsten und dem Pech, mit schmutzigen Händen, werden während der Arbeit die einzelnen Happen in den Mund geschoben, damit nur ja die kostbare Zeit nicht „vergeudet" wird. Das ist der Fluch der Akkordarbeit! Daß unter solchen Umständen die Unfallgefahr auch in Betrieben, in denen bis zu einem gewissen Grade auf Ordnung gehalten wird, eine enorm große ist, liegt klar auf der Hand. Charakteristisch und außerordentlich lehrreich ist aber auch die Thatsache, daß gerade diese unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen beschäftigten Arbeiter durchweg theilnahmslos den Arbeiterorganisationen gegenüberstehen. Theilnahmslos, obwohl doch ihre einzige Hülfe und Rettung gerade Verbände sind, die planmäßig dem Krebsschaden der Arbeit, der demoralisirenden, entnervenden Akkord-Mordarbeit zu Leibe rücken! Wie oft haben wir schon auf das Eindringlichste den Betheiligten erläutert, wie die Dinge liegen. Leider meistens vergebens! Sollen denn nur die bejammernswerthen Opfer ihrer Gleichgültigkeit und Energielosigkeit sie auf Momente in Wallung versetzen und ihnen ihr Elend begreiflich machen? Werden sie nicht endlich begreifen, daß sie andere Saiten aufspannen, handeln müssen?

Im Prozesse gegen das Gemeinderathsmitglied Muuß aus Schwartau wegen angeblicher Beleidigung des Armenhausökonomen Draguhn erfolgte heute kostenlose Freisprechung.

„Liberal" schimpft sich die „Eisenbahn-Zeitung." Danach scheint ein Hinundhergondeln zwischen dem antisemitischen Bund der Landwirthe und dem nationalen Liberalismus jetzt mit diesem Worte bezeichnet zu werden. Das mag freilich Kantinenjargon sein, in der Politik redete man bis heute nicht so!

= **Arbeiterrisiko.** Wir berichteten vor einigen Tagen, daß ein Arbeiter Grell bei der Firma Holzmann verunglückt und seinen Wunden erlegen sei. Von gutunterrichteter Seite erfahren wir jetzt Folgendes: Grell war als Heizer am Durchstich bei der Herrenfähre beschäftigt. Dort gerieth er mit beiden Beinen unter die Lowren, ob durch Verschulden des Lokomotivführers, — wie behauptet wird — sei dahingestellt. Das rechte Bein war im Kniegelenk, das linke unterhalb des Kniegelenks verletzt. Der Unfall ereignete sich um 10 Uhr Vormittags. Die nun folgenden Einzelheiten zu prüfen, sind wir nicht in der Lage; wir vertrauen unserem Gewährsmann und würden etwaige Irrthümer gern berichtigen. Zunächst wird also behauptet, daß an dem Platze, wo nach dem Ergebniß der Volkszählung rund 90 Personen arbeiten, kein Material zur Anlegung eines Nothverbandes vorhanden war. Man habe die Adern unterbunden; selbst zum Anlegen der Lappen habe man sich mit Zwirn behelfen müssen. Dann seien zu Fuß Leute nach Siems gegangen, um Fuhrwerk zu holen. Letzteres, welches vom Gemeindevorsteher Kabel bezogen wurde, sei erst geschmiert worden. Auf einige Klappen Stroh wurde dann

der Schwerverletzte, welcher inzwischen eine Weile auf feuchtem Wiesengrund gelegen, gebettet. Das Fuhrwerk war ein sogenannter „Fleckenwagen." Im Schritt ging es nach Lübeck. Bei vollem Bewußtsein langte der Aermste in der Stadt an — jetzt war es aber halb zwei Uhr — Hülfe war vergeblich. **3½ Stunde** hat man also gebraucht, ehe der im Berufe Verunglückte dem katholischen Krankenhause übergeben wurde! Eine halbe Stunde hätte vielleicht genügt, den Mann am Leben zu erhalten! Wir möchten den dringenden Wunsch aussprechen, daß dieser Fall gründlich untersucht werde, um festzustellen, ob obige geradezu ungeheuerlichen Dinge der Wahrheit entsprechen, und wenn es der Fall, daß dann gründlich vorgegangen wird, damit nicht Leute auf so entsetzliche Art ihr Leben einbüßen. Da empört sich doch der Abgehärtetste!

= **Vereinshaus.** Die gestrige Vorstellung des Original-Chromo-Bioskop war leider nicht so besucht, wie man angesichts des außerordentlich niedrigen Eintrittspreises und der wirklich brillanten Darbietungen hätte erwarten dürfen. Das Beste auf dem Gebiete der „lebenden Photographie" wurde in einer Vollendung vorgeführt, wie wir sie bisher nirgends angetroffen haben. Wer diese Gelegenheit, so erstaunliche Leistungen vorgeschrittener Technik in Augenschein zu nehmen, nicht benutzt, der versäumt thatsächlich Etwas. Aus der Fülle der Bilder, die am Zuschauer vorüberziehen, seien genannt: Die Kürassirattake. Der Ansturm der Reiterschar erfolgt mit so verblüffender Naturtreue, daß man meint, die Gestalten müssen aus dem Rahmen heraus in den Saal springen. Wundervoll ist die (farbige) Wiedergabe eines Serpentintanzes (Der Sonnentanz). Vortrefflich sind ferner „Badende bei unruhiger See", „Stierkampf" ꝛc. Der Besuch der Vorstellungen wird auch besonders Kinder interessiren, denen die Geschichte Aschenbrödels und vor allem die launigen Zauberbilder (Ein außergewöhnlicher Ringkampf, Der Verwandlungskünstler usw.) riesigen Spaß machen werden. Wenn wir nochmals betonen, daß die Vorstellung in jeder Beziehung meisterhaft ist und der Preis nur ein Drittel des sonst für solche Dinge üblichen Entrees ausmacht, dann können wir unsern Lesern nur den Rath geben, sich den Genuß nicht entgehen zu lassen. Die Vorführungen beginnen präzise 8½ Uhr, der Eintritt kostet 20 Pfg. pro Person. Die Pausen werden durch gute Musik ausgefüllt.

Die Eröffnung des Genesungsheims in Gr. Hansdorf bei Ahrensburg, welches von der Landes-Versicherungsanstalt der Hansastädte erbaut wurde, fand gestern statt. Der Feier wohnten bei eine Vertretung der Senate, die Vorstands- und Ausschußmitglieder der Anstalt, Vertreter der Presse und sonstige geladene Freunde der Heilstättensache. Die Gäste wurden per Wagen von Ahrensburg nach der ca. ½ Stunde entfernt mitten im Hamburger Walde gelegene Heilstätte befördert. Dortselbst hielt Direktor Gebhard eine Ansprache an die Versammelten, in welcher er die Fortschritte der Heilstätten-Bewegung im Allgemeinen konstatirte und im Speziellen hervorhob, in welchem Maße die Hanseatische Versicherungsanstalt auf diesem Gebiete gearbeitet habe. Bis jetzt wurde seitens der Anstalt das Heilverfahren in 5195 Fällen, darunter an 4290 Lungenleidenden eingeleitet. Redner bedauerte, daß die Landesanstalt leider immer noch nicht in dem Maße, wie Vorstand und Ausschuß es wünschten, für die Familienangehörigen der in Heilstätten Untergebrachten sorgen könne, da hierzu die seitens der gesetzlichen Faktoren nöthige Bewilligung noch ausstehe. — Gr. Hansdorf sei nun die dritte Heilstätte, welche Eigenthum der Landesanstalt ist, außerdem ist noch in Westerland auf Sylt eine solche gemiethet. Das neue Heim, welches heute seiner Bestimmung übergeben werde, ist für ca. 80 weibliche Versicherte bestimmt, welche nach überstandener schwerer Krankheit hier volle Kräftigung und Genesung finden sollen. Mit dem Wunsche, daß dieses Allen, welche in die Heilstätte aufgenommen werden, gelingen möge, schloß der Redner. An den aushängenden Bau- und Situationsplänen erläuterte derselbe alsdann noch den Anwesenden die Baulichkeiten. Alsdann wurde unter der Leitung des Direktors Gebhard und des Architekten Sartori ein Rundgang durch das Etablissement gemacht, bei welchem den Besuchern vor Augen geführt wurde, daß beim Bau und der Einrichtung desselben allenthalben sich das Zweckmäßige mit dem Schönen vereinigte. Zum Schluß wurde im Speisesaal ein kleiner Imbiß genommen, bei welchem noch diverse Reden gehalten wurden.

Das Amtsblatt macht sich zur Abwechselung einmal wieder einer verläumderischen Beleidigung der Krankenkassenvorstände schuldig. Zu dem — freilich entgegen dem Willen der Bevölkerung verliehenen — Charakter des Blattes paßt die Aufführung recht nett.

Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Die heutige Vorstellung, das Gastspiel des Heldentenors Willi Birrenkoven und des Frl. Sofie Wiesner vom Stadttheater in Hamburg, wird wohl ausverkauft werden, denn die Nachfrage nach Karten ist eine ungemein große. Morgen gelangt die komische Oper „Czar und Zimmermann" zur erstmaligen Aufführung in dieser Spielzeit.

Die glückliche Geburt eines kräftigen **Knaben** zeigen an **G. Spethmann u. Frau,** geb. Cordts.

Am 11. December starb nach langen Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder treusorgender Vater

Detlef Luth

in seinem 31. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, den Kindern und allen Angehörigen.

Johanna Luth, geb. Cordts.

Die Beerdigung findet Freitag den 14. Dec., 10¾ Uhr, vom Hause Gr. Gröpelgrube 17 aus statt.

Ein Logis zu vermiethen
Meierstraße 6 c

Gesucht eine Waschfrau
Holstenstraße 38

Eine gute alte Geige mit Bogen und Kasten billig zu verkaufen Marlesgrube 22, 1. Et.

Ein Kachelofen mit Kocheinrichtung
zu verkaufen Böttcherstraße 29.

Gefunden ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen Lindenplatz 14.

Lau'schen Kuchen-Syrup
bestes Weizenmehl
Pottasche, Hirschhornsalz
Pommeranzenschale, Succade
Rosen- u. Pfirsichwasser
Mandeln
sowie **sämmtliche Gewürze** empfiehlt
H. Wilde, Heinrichstraße 18.

Zum Weihnachtsfeste
empfehle
Tannenbaum-Confekt
" **Cakes**
" **Schmuck**
" **Lichte**
in großer Auswahl.
H. Wilde, Heinrichstraße 18.

Holstenstr. 23 Holstenstr. 23

J. Buhrmann
empfiehlt
Lau'schen Kuchensyrup
Pa. Dampfweizenmehl
" **süße Mandeln,** extra groß
" **Succade und Orangeat**
sowie alle zur Bäckerei gehörigen Gewürze, ganz und gemahlen
garantirt rein.
Wall- und Haselnüsse
in drei Sorten.
Traubrosinen, Krachmandeln, Feigen, Datteln, Apfelsinen, Citronen.
Baum-Cakes
in grosser Auswahl.
Lichte, Lichthalter, Lametta
und alle sonstigen Colonialwaaren
in nur besten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Sarg-Magazin Grösstes Lager am hiesigen Platze.
ob. Mühlenstr. 13. Fernspr. 427.
Gebr. Müter
Billige Preise.
Stets Neuheiten in Perl- u. Metallkränzen.
Ueberführung von und nach Auswärts.

Pelzwaaren
empfiehlt
in größter Auswahl
zu den billigsten Preisen
die **Pelzwaarenfabrik**
von **E. Kirsekorn, Sandstrasse 20.**

Vereinshaus
Johannisstraße 50—52.
Mittwoch den 12. u. Donnerstag den 13. d. M.
jeden Abend von 8½ bis 10½ Uhr:
Grosse Vorführung
durch den
Original-Chromo-Bioscope
in 6 Abtheilungen.
Lebende Photographien in höchster Vollendung.
In den Zwischenpausen Streich-Concert.
Saalöffnung 8 Uhr. Eintritt 20 Pfg.
Eintrittskarten sind nur an den Vorstellungsabenden an der Casse zu haben.

Wein, Rum u. Cognac
in Originalflaschen
billigst bei
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.

Rum
Spirituosen, Wein
in bekannter guter Qualität empfiehlt
Heinr. Cords
J. P. H. Grube Nchfl.
35 Engelswisch 35.

Verloren ein Packet auf dem Wege von der Ziegelstraße bis zum Bahnhof. Inhalt: Schürze. Abzugeben Ziegelstraße 42.

Ein guterh. moderner Kinderwagen
preiswerth zu verkaufen Brodesstraße 32, part.

Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche gewillt sind, Sonntag den 23. December mit nach Lübeck zu fahren, um den Ball unserer Lübecker Collegen mit beizuwohnen, werden ersucht, sich bis zum Mittwoch den 19. December bei den Collegen Niemann, Zarnow und Wille zu melden.

Die Bevollmächtigten der Zahlst. Schlutup des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Möbel-Auction
Freitag, 14. d. M., Vorm. 10½ Uhr präc., Dankwartsgrube 28, part.,
über einen großen Posten theils gediegene elegante neue, theils gebrauchte
Mobilien
als eine hochlehnige Garnitur mit rothbuntem Teppichstoff, eine do. mit kupferf. Plüschbezug, ein Sopha, 4 Stühle mit gebl. Ripsbezug. E. compl. hochfeine nußb.
Zimmer-Einrichtung
bestehend aus 1 Verdiopha, 2 Herrensessel, 4 Rückenpolsterstühle, 1 Salontisch, 1 gr. Trumeaux (geschl. Krystallgl.), 1 Salonschrank. **Ein klein. seidenes Rococo-Mobiliar, 1 eleg. Kameeltaschen-Garnitur,** div. schöne Vertikows, große und kleine Salon- und Ausziehtische, Spiegel und Spiegelschränke, mehrere Bettstellen mit und ohne Matr., Kleiderschr., Waschtische, Küchenschr., Küchenstühle, Teppiche, Serviertische u. v. n. Gen. mehr.
H. Dickenhorst, Auctionator.

Wallnüsse, Haselnüsse,
Feigen, Datteln, Traubrosinen,
Krachmandeln, Baumlichte,
Lichthalter, Confecthalter,
Tannenbaum-Cakes
in grosser Auswahl.
von **55** Pfg. an bis **1,20** Mark das Pfund.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Spar-Club „Ohne Zweifel".
Versammlung
am Donnerstag den 13. December bei Boysen.

Bauarbeiter!
Zahlstelle Fackenburg.
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 14. December
Abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Paetau, Fackenburg
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Generalversammlung des Verbandes. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 13. December:
74. Vorstellung. 11. Donnerstags-Abonnem.
Czar u. Zimmermann.
Freitag den 14. December:
Novität! Novität!
In Behandlung.
Kain.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 290. Donnerstag, den 13. Dezember 1900. 7. Jahrgang.

Der Güstrower Meineidsprozeß.

(Schluß.)

Nach einer einstündigen Mittagspause wurde die Verhandlung fortgesetzt mit der Vernehmung des Ersten Staatsanwalts Dr. Kerstenhann, der im Holstschen Meineidsprozeß die Anklage vertrat Der Zeuge führte aus: Aus den Aeußerungen des Wismarschen Polizeisergeanten Schultz habe ich entnommen, daß sowohl Steinbrügger wie auch Wollenberg sehr hervorragende Sozialdemokraten waren. Schließlich meinte der Vertheidiger, es fehle an jedem Motiv, das den Holst zu einem Meineid verleitet haben könnte; denn es habe sich ja in dem Prozeß gegen Wollenberg nm eine reine Lappalie gehandelt, um eine geringe Geldstrafe; und daß Holst, um den W. davor zu bewahren, wissentlich einen Meineid geschworen hätte, könne einem sonst als besonnenen und ruhigen Menschen bekannten Mann nicht zugetraut werden. Erst diese Ausführungen des Vertheidigers gaben mir Veranlassung, in meiner Erwiderung auf den eigentlichen Kernpunkt einzugehen und das Motiv darzulegen, welches Holst für sein Verbrechen hatte. Und nun erst sagte ich: Wenn der Vertheidiger jedes Motiv für die That vermißt, so will ich es ihm nennen: Holst leistete den falschen Zeugeneid, weil er einen hervorragenden Parteigenossen herauslügen wollte. Die Polizisten haben ausgesagt, Holst hätte das Publikum zur Ruhe ermahnt; dazu führte ich aus, daß er dies nur zum Schein gethan habe; er habe selbst die Polizei verhöhnen wollen. Ich habe allerdings auf die schlimmen Zustände zwischen Polizei und Sozialdemokraten in Wismar hingewiesen, aber den mir im Zeitungsbericht unterstellten Satz: es habe alles so herumgedreht werden sollen, daß die Polizei hineinfallen mußte, habe ich nicht gesprochen. — Als der Bericht jetzt Satz für Satz verlesen wird, erklärte Zeuge: im wesentlichen deckt sich alles mit meinen Ausführungen.

Rechtsanwalt Herzfeld: Ich wollte Wollenberg als Zeugen vernehmen lassen; haben Sie, als ich diesen Antrag in der Schwurgerichtsverhandlung stellte, erklärt: Sie würden Wollenberg sofort verhaften lassen, falls er unter dem Zeugeneid sagte, er habe jene Rufe über die Straße nicht ausgestoßen? Zeuge: Jawohl; denn mir war ein gerichtliches Protokoll in Erinnerung, laut dessen er bei seiner ersten Vernehmung vor seinem Beleidigungsprozeß erklärt hatte: er könnte über Schütt gerufen haben, er habe aber dann zwei Maurer dieses Namens damit gemeint.

Aus den übrigen Zeugenvernehmungen seien einige Aeußerungen der Polizisten Schütt und Krämer über die Vorgänge am 6. August 1899 hervorgehoben. Beide sagen übereinstimmend: als Wollenberg gerufen hatte, trat Krämer an Schütt heran und sagte diesem: das ist Wollenberg; während Krämer dies sagte, sei schon Steinbrügger erschienen und habe gerufen; außerdem sind beide einhellig der Meinung: während Krämer mit Schütt diese Worte wechselte, habe Holst in einem Haufen von 10—12 Personen, die allerhand Rufe über die Polizisten ausstießen, hineingeredet und zur Ruhe gemahnt. Aus dieser heutigen Zeugenaussage ergiebt sich also, daß, vorausgesetzt es haben wirklich beide, W. und St. über Schütt gerufen, dann diese Rufe zeitlich fast unmittelbar einander folgten, so daß diese verschiedenen Rufe sehr leicht dem Holst nur als ein einziger Akt zum Bewußtsein haben kommen können. — Die Charakteristik des Wollenberg als hervorragenden Sozialdemokraten begründen die Polizisten damit, daß Polizist Krämer sagt: Als Redner sei W. allerdings in Versammlungen nicht aufgetreten, aber auf ihn habe W. den Eindruck eines „richtigen Klugschnackers" gemacht, und Polizist Schütt sagt: Geredet hat W. nie; aber er hatte seinen großen Mund auf, rief oft Hurrah, manchmal auch Bravo!

Senator Dr. König, bis vor kurzem Chef des Polizeiamts in Wismar, giebt zu, in seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht von einer Fülle von Strafverfügungen gesprochen zu haben; er muß einräumen, daß nur die ersten von ihm erlassenen drei oder vier Strafbefehle gerichtliche Bestätigungen fanden, daß dagegen sämmtliche allsonntäglich von Mitte Januar bis Ausgang Oktober 1899 von ihm erlassenen Strafbefehle aufgehoben sind. Als Rechtsanwalt Heine den Zeugen fragte, warum er denn, nachdem die Gerichte sein Vorgehen für nicht mit den Gesetzen vereinbar erklärt hatten, trotzdem dabei verharrte, entgegnete Zeuge: Vom polizeilichen Standpunkt habe er die Sachlage eben anders aufgefaßt. — Rechtsanwalt Heine: Ich denke, der Zenge ist Jurist; dann sollte er doch die Entscheidungen der Gerichte anerkennen. — Zeuge: Ja, ich bin Jurist. — Auf Fragen des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld muß Senator Dr. König zugeben, daß er fortgesetzt gewerkschaftliche Versammlungen theils im voraus verboten, theils hat auflösen lassen, weil er dieselben für politische hielt; daß er aber, abgesehen von ein oder zwei Fällen, diese Vorfälle nie zur gerichtlichen Ahndung brachte, obgleich ihm bekannt war, daß nach mecklenburgischem Gesetz sich schon jemand strafbar macht, der eine politische Versammlung, die ministeriell nicht genehmigt ist (gewerkschaftliche Versammlungen bedürfen dieser Erlaubniß nach § 152 der Gewerbe-Ordnung nicht) auch nur veranstaltet, geschweige denn, der an ihr theilnimmt. Auf die vielfachen Anzapfungen in der „M. Volks-Zeitung" durch Strafanträge eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob er die vielen gewerkschaftlichen Versammlungen zu Recht aufgelöst und verboten habe, erklärt Zeuge nicht eingegangen zu sein, zumal er wußte, daß sein Vorgehen gegen die Gewerkschaften sich des vollen Beifalls des Ministeriums in Schwerin erfreute. — Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld konstatirte, daß durch die Vernehmung des Landgerichts-Direktors Schmidt: daß der Erste Staatsanwalt zu Schwerin in einer Gerichtsverhandlung gegen Redakteur Groth von der „M. V.-Z." wegen Beleidigung des Senators Dr. König ausdrücklich erklärt habe: das Vorgehen dieses Herrn gegen die Versammlungen sei nicht im Recht begründet und ermangele jeder gesetzlichen Unterlage.

Der Rechtsanwalt Oldenburg-Wismar, Vorsitzender des dortigen Bürgerausschusses, stellt seinem früheren Kollegen Holst ein sehr gutes Zeugniß aus; Holst habe sich stets sehr fleißig den Pflichten eines Bürgervorstehers gewidmet.

Eine Reihe weiterer Zeugen bezogen sich auf den Anklagepunkt gegen Schmidt, der den Polizei-Offizianten Schütt beleidigt haben sollte.

Am Mittwoch fanden die Plaidoyers statt. Der Staatsanwalt Walter hielt die Anklage gegen beide Angeklagte aufrecht und beharrte sogar dabei, daß sie wider besseres Wissen dem Ersten Staatsanwalt Kerstenhann und dem Schwurgericht den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung gemacht hätten. In durchaus unwahrer Weise werde dem Ersten Staatsanwalt nachgesagt, er habe durch Hineintragen politischer Momente in die Verhandlung die politischen Leidenschaften der Geschworenen erregen wollen und auch erregt. Wenn es auch in dem Artikel des „Vorwärts" heiße: die Richter seien sich ihrer Befangenheit nicht bewußt gewesen, so ergebe der Zusammenhang doch ganz klar, daß dies nur eine leere Redensart sei, zum Schutz für eine eventuelle Anklage, daß in Wirklichkeit gerade das Gegentheil habe gesagt sein sollen.

Er beantrage gegen John drei Monate Gefängnis; gegen Schmidt, bei dem es sich nicht nur um einen, sondern um eine ganze Reihe von Artikeln handelt, beantrage er wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts und des Schwurgerichts sechs Monate und wegen Beleidigung des Polizisten Schütt zwei Monate Gefängnis, insgesammt sieben Monate.

Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts erhielt zuerst Rechtsanwalt Dr. Herzfeld das Wort. Derselbe trat in einer glänzenden zweistündigen Rede für die Freisprechung des Genossen Schmidt ein. Rechtsanwalt Heine äußerte seine Meinung dahin, daß Holst kaum verurtheilt worden wäre, wenn in der Verhandlung gegen ihn dieselbe Atmosphäre leidenschaftsloser Ruhe geherrscht hätte, wie in dem vorliegenden Prozesse. Von Anfang an sei die Anklage auf das vermeintliche politische Motiv Holsts aufgebaut gewesen. Der „Vorwärts" habe wohl behauptet, daß diese Anklagebegründung und das auf sie zurückzuführende Urtheil auf Irrthum beruhten und durch politische Meinungen beeinflußt seien. aber wissentliche Rechtsbeugung habe der „Vorwärts" nicht behauptet. Der Angeklagte John könne beanspruchen, daß seine Worte so aufgefaßt würden, wie sie gedruckt seien. Eine solche Kritik aber, wie John sie geübt habe, müßten sich auch Richter und Geschworne gefallen lassen. Das Ansehen der Rechtspflege könne nur darunter leiden, wenn man jede Kritik mundtodt machen wolle. Sei vielleicht ein Ausdruck etwas scharf ausgefallen, so sei das auf die Erregung über das Urtheil gegen Holst zurückzuführen.

Nach kurzen Worten der beiden Angeklagten zog sich das Gericht zur Berathung zurück und fällte das bereits gemeldete Urtheil. John wurde zu 100 Mark Geldstrafe und Schmidt zu 250 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Chinakommission beendete am Montag ihre Berathungen bis auf den Titel betreffend Pensionen, Wittwen- und Waisengelder; diese Angelegenheit wird in besonderem Gesetz geregelt werden, das die Regierung erst nach Neujahr vorlegen wird. Mit der Erledigung dieses Gesetzes sollen nach Neujahr die Zentrumsresolution, die weitesten Schutz der Missionen in China fordert, sowie Anträge Richters behandelt werden, welche die Befugnisse der Regierung in außeretatsmäßigen Ausgaben einschränken und der Kontrolle des Reichstags unterwerfen wollen. Die letzte Sitzung der Budgetkommission bestätigte durchaus den Sieg der Chinareaktion unter Führung des Zentrums. Die zukünftige Kolonialarmee wurde bereits jetzt im Keim sicher gestellt Die bürgerlichen Parteien sind beglückt, ihren verfassungsmäßigen Antheil am Chinawahn seitens der Regierung zugestanden zu sehen, und sofort sind sie bereit, Hand in Hand mit der Regierung Vorbereitungen neuen weltpolitischen Unsinns zu treffen. Sie haben schon jetzt ihre Zustimmung ausgesprochen, daß ein Theil der verfassungswidrig in China stehenden Truppenformationen „zum Zweck dauernder oder vorübergehender Besetzung chinesischen Gebiets" auf eine gesetzliche Basis gestellt werden sollen. Man weiß nun, wozu das Zentrum den ohrenbetäubenden Indemnitätslärm erschallen ließ. Es sollte so nebenbei möglichst unbemerkt eine neue Militärvorlage gesichert werden. Das übersprudelnde Lob, das der Staatssekretär des Reichs-Marineamts Montag dem Abgeordneten Müller-Fulda ob seiner Verdienste um die Marine spendete, kennzeichnete mit erfreulicher Deutlichkeit die Entwickelung des Zentrums zur führenden Militärreaktions-Partei. Die Herren vom Zentrum mußten sich von Genossen Bebel widerspruchslos sagen lassen, daß sie an Bewilligungseifer selbst die Nationalliberalen weit überholt haben.

Die Rivalinnen.

Roman von E. Labarrière.

(32. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

Dieser Gedanke war Herrn Serviere plötzlich durch den Kopf geschossen und die Frage ihm herausgefahren wie die Kugel aus dem Lauf. Herrn Hentkiß's Verlegenheit hatte den Funken in's Pulver geworfen. Tausend Einzelheiten aus Juliens Briefen kamen ihm auf einmal in's Gedächtniß. Blind mußte er gewesen sein, daß er nicht früher klar gesehen hatte.

„In der That, es wäre Wahnsinn, wenn ich das leugnen wollte, worüber Sie so gut orientirt zu sein scheinen. Ja, es handelt sich um sie. Zum Teufel mit der falschen Diskretion! Madame Watson, die nebenbei bemerkt, nur eine Bekannte und keine spezielle Freundin von mir ist, ist Herrn Juliens Geliebte."

Die Lage erschien Herrn Serviere in diesem Augenblick verzweifelt. Er hatte wohl gestern an die Möglichkeit einer Untreue, aber als an etwas ganz Unbestimmtes gedacht. Jetzt aber verließ ihn, angesichts der erschütternden Wirklichkeit, der Muth. Die Chancen des Gelingens waren jetzt so gering, mehr als ungewiß geworden. Und doch mußte es ihm glücken. Das Resultat bedeutete die Genesung seiner Tochter .... Nicht an's Ziel kommen hieß zum Mörder werden. Er mußte alle seine Kraft an das Gelingen setzen.

„Wir haben es mit einem starken Gegner zu thun", sagte Hentkiß. „Die in Frage stehende Dame ist keine von denen, welche man ohne Kampf verläßt. Wen sie gerade bestrickt hat, den hält sie fest. Und doch haben wir noch gewisse Chancen. Trotz der Bemühungen der Frau Watson sind die Dichtungen unseres Freundes Julien unverlegt geblieben. Darin liegt eine Verletzung der Eitelkeit, die wir ausnützen müssen. Zweitens scheint mir die Liaison eines jungen Menschen mit einer Frau, welche die Vierzig schon überschritten hat, nicht gerade aus Eisenbanden geschmiedet zu sein."

Als sich nach dem Kaffee Charlottens Vater erhob, fragte Herr Hentkiß: „Nun?"

„Ich werde jetzt Julien aufsuchen. Er muß mir folgen, freiwillig oder mit Gewalt!"

„Soll ich Sie begleiten?"

„Nein, danke. In einem solchen Kampfe ist es immer von Nachtheil, wenn ein Dritter zugegen ist. In Gegenwart eines Zeugen würde sich Julien verpflichtet glauben, sich gegen sein besseres Gefühl anstemmen zu sollen."

„Ich wünsche Ihnen alles Glück ... Mein Wagen ist bereit ... Ich will Sie bis an seine Thür bringen."

Während die Beiden im Coupee saßen, fiel nur hie und da ein Wort über gleichgültige Dinge. In der Straße de Medicis hielt der Wagen.

„Wann werde ich Sie wieder sehen?" fragte Herr Hentkiß.

„Vielleicht gar nicht ... Ich rechne darauf, so schnell als möglich abreisen zu können. In jedem Fall werde ich Sie benachrichtigen."

Sie schüttelten sich die Hände. Der Amerikaner war vielleicht mehr erregt, als es seinem Yankee-Naturell zukam. Er sah noch, wie Herr Serviere in das Haus trat, während der Wagen sich langsam entfernte. Er warf sich in die Kissen und blies den Rauch in Ringen gegen die Decke. Er ließ die Personen des Stückes vor seinem geistigen Auge vorüber ziehen — des Stückes, wurde es ein Drama oder ein Vaudeville? Wer konnte das wissen?

In diesem Augenblick sah der Held, der erste Liebhaber, um welchen sich die ganze Handlung drehen sollte, thatsächlich ganz so aus, wie der Verräther im Melodrama. Alle Requisiten waren vorhanden, der finstere Blick, die zusammengezogenen Augenbrauen, der schmerzlich zusammengepreßte Mund, die tiefen Seufzer, die hastigen Schritte. Der Monolog, den er hielt, lautete ungefähr:

„Sie hat kein Herz ... einfältiger Narr, der ich war ... Sie braucht mich nur, um sich zu amüsiren, sich an meiner Eifersucht zu weiden, Sie und der elende Musikant ... O, ich hasse sie ... Ich habe genug! Mein Gott, wer giebt mir den Muth?"

Der Anblick eines kleinen, blauen Billets, das zwischen Büchern und Manuskripten auf seinem Schreibtisch lag, brachte ihn von Neuem in Wuth. Dasselbe sah ganz harmlos aus, enthielt nur drei oder vier fein, aber fest geschriebene Zeilen:

„Mein lieber Dichter, ich bin heute Abend genöthigt auszugehen. Wenn möglich komme ich gegen 2 Uhr vorüber. Dogmatzky hält Generalprobe im Châtelet. Ich muß ihm Beifall klatschen."

Briefchen dieser Art waren in letzter Zeit häufig eingelaufen. Die diplomatischen Diners, die offiziellen Soiren häuften sich in wahrhaft erschreckender Weise — die um so mehr auffiel, als dies erst der Fall war, seit der kroatische Geiger Dogmatzky in dem Hause Zutritt erhalten hatte. Dieser Kroate zog Madame Watson gewaltig an. Wenige Tage nach der ersten Begegnung, hatte man die Beiden bereits Arm in Arm miteinander gesehen.

Juliens ganze Wuth richtete sich gegen die treulose Geliebte. Er stellte sie zur Rede, aber sie antwortete ihm trocken: „Wenn es Ihnen nicht paßt, mein Freund, wissen Sie ja, was Sie zu thun haben." Er wurde halb wahnsinnig über ihren Egoismus, seine Gefühle waren getheilt zwischen der Furcht, die Geliebte zu verlieren und dem Wunsch, sich zu rächen. Lange schwankte er, endlich kam er zu dem Entschluß, sich von diesen unwürdigen Fesseln zu befreien.

„Gott, wo nehme ich den Muth dazu her?"

Und in diesem Sturm von Gefühlen tauchte auf einmal, wie das Licht im Leuchtthurm, das Bild der verlasse-

Auch in der Finanzirungsfrage wurden die Regierungswünsche allenthalben erfüllt. Zwar sind die Kassandrarufe des Reichs-Schatzsekretärs den bürgerlichen Parteien schwer in die Glieder gefahren und Abg. Paasche gab seinem Schreck ob der trostlosen Finanzlage lebhaften Ausdruck. Dennoch ermannten sich die Herren zu keinerlei Abhilfe. Weder will man den unsinnigen Ausgaben Einhalt gebieten, noch will man wenigstens zur ungeheuerlich wachsenden Steuerlast diejenigen Kreise heranziehen, die zahlungsfähig sind und in deren Auftrag die Chinapolitik geführt wird.

Genosse Bebel gab eine großzügige Kritik der Reichsfinanz-Politik, der wahnsinnigen Pumpwirthschaft, der wir immer mehr verfallen und die in wenigen Jahren zum finanziellen Zusammenbruch führen muß. Die kleinen Aushilfssteuern, die das Zentrum vorgeschlagen, Saccharin- und Schaumweinsteuer, seien ein Tropfen auf den heißen Stein der Militär- und Weltpolitik. Bebel forderte die Verwendung der 75 Millionen Branntwein-Liebesgabe und Zuckerprämie für Reichszwecke und vor allem die Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, auf daß die lauten Hurrahpatrioten Gelegenheit finden, ihre Chinabegeisterung finanziell zu bethätigen. Alle diese Vorschläge, desgleichen die Heranziehung der Einzelstaaten zur Zahlung der Chinazeche wurden kurzer Hand abgelehnt. Das Zentrum, das noch im letzten Winter mit aller Entrüstung gegen Vermehrung der Anleihen wetterte, duckt sich auch in dieser Frage volksverrätherisch dem Gebote der Regierungsfähigkeit. Es wird fortgepumpt! Mit Riesenschritten eilen wir von der zweiten zur dritten Schulden-Milliarde, für die das Volk die Zinsmillionen aufbringen muß.

Die Beschwerde über die Verhaftung Swienty's in Halle a. S. wurde auch vom Oberlandesgericht in Naumburg abschläglich beschieden. In dem Beschluß heißt es: Weder die vom Beschwerdeführer glaubhaft geltend gemachten häuslichen Umstände, noch die Thatsache, daß er anläßlich der früher gegen ihn anhängig gemachten Untersuchungen in Strafsachen von geringerer Erheblichkeit nicht versucht haben mag, sich der Verfolgung durch die Flucht zu entziehen, noch das Anerbieten einer Sicherheitsleistung erscheinen geeignet, den durch die Höhe der Strafe begründeten Fluchtverdacht zu beseitigen, welche der Beschwerdeführer in der zur Zeit gegen ihn anhängigen Strafsache wegen Majestätsbeleidigung in mehreren Fällen zu erwarten hat. — Bisher ist der Fall noch nicht dagewesen, daß sich sozialdemokratische Redakteure aus Furcht vor einer ihnen drohenden harten Strafe in's Ausland geflüchtet hätten; sie haben es vielmehr stets für ihre Pflicht gehalten, die Verantwortung dafür zu nehmen, was sie, nach Ansicht bürgerlicher Gerichte, „verbrochen" hatten.

Aus neuen Hunnenbriefen. Die Zeugnisse vom Hunnenzuge sind immer noch nicht erschöpft. Die „Sächsische Arb.-Ztg." veröffentlicht einen Hunnenbrief, dem einige markante Stellen entnommen seien. Der Brief berichtet bereits aus Singapore eine kleine Vorübung für die chinesischen Kulturthaten:

„. . . Hier haben wir uns fahren lassen in kleinen Kutschen welche von Chinesen gezogen wurden hier habe ich für einen Tollar (2,20) das erste mal . . . . . , beim verlanden bekommen die Kulie (Chinesen) tüchtige Keile mit Rohrstöcken. Schmutzig und dreckig ist das Volk zum Anekeln . . ."

Hatte das germanische Kreuzfahrertum bereits am Verprügeln chinesischer Kulis sein Müthchen gekühlt, so mußten auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz die „Götzen" daran glauben:

Hier in Tinksin haben wir einen Tempel bezogen da haben wir die Götzen zerhauen u. die kleinen behalten welche ich auch mit Bringe wenn ich sollte zurückkommen. Wir bekommen in 10 Tagen 13 M. 50 Pf. u. zu kaufen braucht man sich nichts als Bier wo die Flasche 70—100 Pf. kostet aber Eier sind billig für 10 Cent (20 Pf.) 10 Eier das wäre was für den Käsejuden, aber wir kaufen keine sondern da giebt es düchtige Keile dafür wenn sie was haben wollen.

In Ermangelung zu zertrümmernder Götzenbilder mußten freilich auch zur Abwechslung ganz gewöhnliche friedliche Händler daran glauben. Und wie die Indianer dem Skalp erschlagener Feinde als Siegestrophäe im Rauchfang ihrer Wigwams aufzuhängen pflegten, so gedenkt unser Chinafahrer auch einige erbeutete Chinesenzöpfe mit nach Hause zu bringen:

„Bar Zöpfe brig ich schon mit hergeben dun sie in nicht lieber wollen sie erschlagen sein als Zopf weggeben aber abgeschnitten haben wir schon viel."

Man begreift nach der Lektüre des Briefes, daß Posten beschossen worden sind, „Patrollen" verschwinden. Das Abschneiden des Zopfes ist das Schimpflichste und Entsetzlichste, was einem Chinesen passiren kann. Denn der Zopf ist geheiligt und sein Verlust für den gläubigen Chinesen ungefähr ebenso furchtbar, wie für den gläubigen Katholiken die Verweigerung der Absolution. Die Chinesen müßten ja Fischblut haben, wenn Zopfabschneiden, Mißhandlungen, gepaart mit Raub, wenn Schändung und Plünderung ihrer Gotteshäuser sie gleichgültig lassen sollten. Wir möchten einmal sehen, ob die deutschen Patrioten nicht jede Selbsthilfe, jede Rache gegen solche Soldateska gutheißen, wenn sie zufällig nicht in China, sondern in Deutschland hauste! Wie fein ist doch die Methode, die unsere Hunnen anwenden, um dem Christenthum die Bahn frei zu machen. Sie zerhauen die den Chinesen heiligen Götterbilder, oder stehlen sie, wenn sie handlich genug sind! Sind die Götzen nicht mehr da, so können sie nicht mehr angebetet werden und so werden die Chinesen jedenfalls aus Mangel an anderen Göttern zum Christengott kommen müssen!

Eine sehr kulturmäßige Aeußerung, die von der „veredelnden" Wirkung des Krieges drastisches Zeugnis ablegt, findet sich in einem Briefe aus Tientsin, den der „Bote a. d. Riesengebirge" in Hirschberg veröffentlicht. Es heißt da u. A.:

Prügel sind die Kerle (die Chinesen) gewönd ohne schläge geht es nicht, oder wen man das Seitengewehr zieht dan laufen sie da kann man sie nicht einholen, **da wierd noch manch einer Totgeschlagen** und zugleich begraben weis kein Mensch wo er ist. die Flüsse sind groß genug da haben noch viel Platz drien.

Wie roh!

Professor Konrad gegen den Brodwucher. In den „Beiträgen zur neuesten Handelspolitik", die der Verein für Sozialpolitik soeben mit einer Vorrede Prof. Schmollers herausgiebt, schreibt Prof. Konrad-Halle über „die landwirthschaftlichen Zölle":

Der landwirthschaftliche Betrieb befindet sich . . . in entschiedenem Aufschwunge, es steht deshalb zu erwarten, daß die Depression in einiger Zeit hier ebenso überwunden wird, wie es in anderen Ländern, wie Holland, Dänemark und zum größten Theil auch in England der Fall ist. Eine Erhöhung der Zölle scheint daher nicht unbedingt geboten und daher unzulässig. Am ersten wäre sie zu rechtfertigen (? Red.) bei der Gerste auf das entschiedenste verwerflich dagegen bei dem Roggen, wodurch die große Masse der unteren Klassen noch mehr belastet würde. Eine Erhöhung des Haferzolls dürfte kaum beabsichtigt sein. Eine Herabsetzung oder womöglich Beseitigung wäre im Interesse der Viehzucht sehr zu wünschen. Bei der Eigenthümlichkeit der Agrarzölle stehe zu befürchten, daß eine Erhöhung derselben im jetzigen Moment nur zu einer künstlichen Steigerung des Grundwerthes führen würde, ohne zur Gesundung der Landwirthschaft beizutragen, so daß nach Ablauf der jetzt zu schließenden Handelsverträge die Klagen der Landwirthe dieselben sein würden und Forderungen weiterer Zollerhöhung zu befürchten wären. Wie ebenso jetzt die Ansprüche auf eine weitere Erhöhung genau die gleichen sein würden, wenn Anfang der 90er Jahre die Ermäßigung der Zölle nicht stattgefunden hätte."

Und an anderer Stelle sagt er:

„Da bei den in Aussicht zu nehmenden Handelsverträgen die Interessen der deutschen Landwirthschaft nicht allein maßgebend sind, sondern vor allem berücksichtigt werden muß, welche Konzessionen von dem Ausland durch Zollherabsetzungen auf Industrieprodukte nothwendig sind, um unsere Industrie auf dem bisherigen Stand zu erhalten und ihr womöglich noch eine weitere Entwickelung ihrer Leistungen zu ermöglichen, die nothwendig ist, um der wachsenden Bevölkerung angenehmere Beschäftigung und Verdienst zu verschaffen und den Wohlstand des ganzen Landes zu erhöhen, was die Landwirthschaft in dem Maße nicht zu leisten vermag, so werden in betreff der Agrarzölle hohe Forderungen an das Ausland nicht gestellt werden dürfen. Vor allem ist eine Festlegung der Zölle für eine längere Zeit für die Industrie nothwendig und ein autonomer Zolltarif zu verwerfen. Aus demselben Grunde und weil dadurch nur der Getreidehandel zu extremer Spekulation angeregt würde, ohne der Landwirthschaft den vollen Vortheil zu verschaffen, ist von der Aufstellung einer gleitenden Skala, aber auch von einem Maximal- und Minimaltarif für Getreide abzusehen, weil das Ausland naturgemäß vor allem ein Interesse daran hat, eine Erhöhung des Zolls bei reichen Ernten zu verhindern, und eine solche Konzession daher nur mit übergroßen Opfern der Industrie zu erlangen wäre. Dies fällt besonders Rußland gegenüber ins Gewicht, mit dem wir die meisten politischen (? Red.) und wirthschaftlichen Interessen gemein haben, mit dem auf Grund dieser gemeinsamen Interessen in einen allgemeineren freieren Austausch der Produkte zu treten vor allem bei den Handelsverträgen anzustreben sein wird."

Wahrscheinlich werden die Agrarier jetzt bald die Reinigung der Hochschulen von den antiagrarischen Professoren fordern!

Und sie bewegt sich doch! Aus Elberfeld wird geschrieben: Der Beschluß, ein großes Versammlungs- und Gewerkschaftshaus zu bauen, den der sozialdemokratische Volksverein und die Gewerkschaften schon gefaßt haben, wurde von einer großen Volksversammlung einstimmig gut geheißen. Da die Berathung über den Bau eines Versammlungsgebäudes, das allen Parteien und Vereinen zur Verfügung stehen soll, nicht gut als eine „politische Angelegenheit" betrachtet werden kann und zur Versammlung jedermann eingeladen war, durfte die Versammlung in der neuen Stadthalle abgehalten werden. Zum Schluß der Verhandlungen wurde ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht. Wir sind gespannt, was nach diesem politischen Hoch die Staothallenverweigerer thun werden. Zweierlei bleibt übrig: die Halle wird „ausgeräuchert" und dann als ein Janustempel überhaupt geschlossen, oder aber man öffnet endlich die Stadthalle allen politischen Parteien ohne Unterschied. Wer in sozialdemokratische Versammlungen nicht gehen mag, kann draußen bleiben.

Rußland.

„Väterchen" auf Reisen. Aus der letzten Nummer des „Robotnik" erfahren wir, wie herzlich die Beziehungen Nikolaus II. zum polnischen Volke sind. Als der Zar kürzlich in Bialowiera zur Jagd weilte, waren nicht weniger als 9000 Personen zu seinem persönlichen Sicherheitsdienst bestimmt. Das Schloß, das der Zar bewohnte, war von vier Ketten umgeben. In der ersten standen die Tscherkessen, in der zweiten die Gensdarmen und Polizisten, die man zu diesem Zwecke aus Petersburg und Moskau mitgebracht hatte, in der dritten Reihe die Spitzelgarde. Die Spitzel hatten sich als Bauern und Bettler verkleidet und suchten alle umliegenden Kneipen und Häuser ab, um etwas „Verdächtiges" zu finden. Den Abschluß der Sicherheitskette bildete das Militär. Trotz alledem war der Zar sehr unruhig. Er wechselte manchmal im letzten Augenblick vor der Jagd die vorher bestimmte Route. Nikolaus II. scheint die Geschichte der Romanows ganz gut studirt zu haben.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die Londoner Blätter warten noch immer sehnsüchtig auf die Bestätigung des Gerüchts, daß Dewet umzingelt und vielleicht bereits gefangen genommen worden sei. Bisher haben sie jedoch vergebens gewartet, so daß anzunehmen ist, daß es sich bei der angeblichen Umzingelung Dewets überhaupt nur um ein Phantasieprodukt voreiliger, sensationslüsterner Korrespondenten gehandelt habe. Zum Troste für die getäuschten Leser verzapft deshalb der „Evening Standard"

---

nen Charlotte auf. Süßes Kind! Ein reines Herz voll hingebender Liebe und dagegen dieses elende Weib. Wenn doch eine Versöhnung möglich wäre! Alle Prüfungen wollte er auf sich nehmen, um das Vergangene vergessen zu lassen.

Als er eben so dachte, öffnete sich die Thüre. Er fuhr zurück, dann aber warf er sich weinend in die Arme des Herrn Serviere.

„Mein Vater, mein Vater!"

Er verbarg sein Gesicht an der Brust des Mannes und wagte es nicht, ein Wort zu sagen. Herr Serviere begann sanft:

„Ich weiß wohl, mein Freund, daß Du noch nicht für uns verloren bist. Setze Dich, weine doch nicht so. Du bist immer noch mein Kind. Komm. Ich habe Alles vergessen. Und wenn von meiner Seite Unrecht geschehen, bitte, verzeihe mir!"

„Ihnen verzeihen; es ist an mir . . ."

„Wir wollen nicht mehr von der Vergangenheit sprechen, Julien!"

„Doch, sprechen wir davon. Lassen Sie mich Ihnen sagen, wie sehr ich meinen Wahnsinn bereue, meine Undankbarkeit, meine . . ."

Seine Stimme zitterte und er fuhr etwas ängstlich fort:

„Die arme Charlotte, Sie wissen noch nicht alles. O, ich bin ein Schuft!"

„Ich weiß Alles", unterbrach ihn Herr Service. Meine Tochter und Mr. Hentkiß haben mir Alles gesagt."

„Und Sie verstoßen mich nicht, fluchen mir nicht?"

„Weshalb, mein Freund?" sagte Herr Serviere. „Wir sind nicht verantwortlich für unsere Gefühle. Charlotte, mußt Du wissen, hat sehr gelitten . . . seit . . . sie wird Trost finden."

„Sie wird es, welche Last nehmen Sie mir von dem Herzen . . . Ich liebe Sie immer noch. Das ist ja meine Strafe."

Herr Serviere stieß einen Freudenschrei aus. Ein so vollständiger Triumph machte ihn überglücklich. Er ging auf Julien zu:

„Du liebst sie noch? Und die Andere?"

Ein Zug von Bitterkeit glitt über Juliens Gesicht. „Die Andere? Ach so, die Amerikanerin, die Geliebte des kroatischen Geigers . . ."

„O, reden Sie nicht von jener Frau," stieß er heftig hervor. „Ich versichere Ihnen, ich verabscheue sie. Erinnern Sie mich nicht an die schmachvollen Ketten, die ich, Gott sei Dank, gebrochen habe."

„Also Du liebst Charlotte noch? Schwörst es mir auf Deine Ehre?"

„Ich schwöre es."

„Und Du bist bereit, Paris zu verlassen und mir zu folgen?"

„Wohin?"

„Nach St. Marie."

„Nach St. Marie? Ich beschwöre Sie, nein! Wie dürfte ich vor sie treten. Ich unterwerfe mich Allem, nur das, bitte, nicht!"

Herr Serviere empfand Mitleid mit ihm, mit einigen Worten gab er ihm über Alles Aufschluß.

„Dann reisen wir," rief Julien eifrig.

Welche Freude, welches Glück! Die Herzen der Beiden schlugen, von derselben Wonne, derselben Hoffnung bewegt. Die Vergangenheit existirte nicht mehr, hatte niemals existirt. Der Sturm hatte die Beiden ans Ufer des Glückes geworfen.

„Also reisen wir."

Hastig begann Julien zu packen. Er raffte nur das Nöthigste zusammen. Die unvollendeten Druckbogen der großen Dichtung kamen zwischen zwei Hemden zu liegen, das historische Drama gesellte sich dazu. Herr Serviere half mit. „Du brauchst Dich nicht so zu beeilen, unser Zug geht erst um drei Uhr, es ist noch nicht einmal zwei, wenn Deine Uhr recht geht."

Die Pendule schlug, zwei kurze Schläge. Julien zuckte zusammen. Sein Gesicht wurde blaß, seine Lippen zitterten.

„Gott im Himmel! Ich vergaß."

Er eilte an das Fenster und zog die Vorhänge zurück. Am Ende der Straße bemerkte er das Coupee der Madame Watson. Die himmelblaue Livre des Kutschers leuchtete weit hin.

„Gott im Himmel," wiederholte Julien.

Er eilte auf Herrn Serviere zu, der seine Bestürzung nicht begriff.

„Sie müssen wissen . . . jene . . . jene Frau kommt hierher. Ich habe keine Zeit, Ihnen Alles zu erklären, aber ich schwöre Ihnen, ich liebe sie nicht mehr. Was thun?"

„Schließ die Thüre," sagte Herr Serviere einfach.

„Aber sie hat einen Schlüssel," antwortete verzweifelt Julien.

„In den ersten Tagen unseres Verhältnisses verlangte Madame Watson unter dem Vorwand, eifersüchtig zu sein, einen Schlüssel zu meiner Wohnung. Es machte ihr Spaß, den Geliebten gelegentlich zu überraschen oder alle Papiere, alle Schubladen zu durchstöbern."

„Sie hat einen Schlüssel, gut, dann muß man sie erwarten."

„Sie erwarten?"

„Ja, aber nicht Du. Ich . . . ziehe Dich zurück."

Er drängte ihn nach dem Schlafzimmer.

„Mein Nachbar nebenan ist zu Hause. Ich kenne ihn oberflächlich und werde ihn um ein Asyl bitten. Halt, ihre Briefe, die Briefe der Dame sind in diesem Carton, geben Sie ihr dieselben zurück. Ich mache mich davon!"

(Fortsetzung folgt.)

folgende Nachricht: „Nach den neuesten Berichten befinden sich die Truppen des Generals Knox' mit denen Dewet's noch immer im Kampfe. Das verzögerte Eintreffen von Nachrichten rührt daher, daß keine telegraphische Verbindung mit Knox besteht. Es wird unaufhörlich gekämpft und dabei fortwährend der Kampfplatz gewechselt." — Daß keine telegraphische Verbindung mit Knox bestehen soll, ist eine faule Ausrede. Der Kampfplatz liegt an der Grenze der Kapkolonie; es ist daher sehr leicht eine anderweitige Verbindung mit Knox herzustellen.

Lord Roberts hat, wie aus Kapstadt gemeldet wird, eine Proklamation erlassen, in welcher er die Bedingungen bekannt giebt, unter denen Burenfarmen eingeäschert werden dürfen. Er verfügt hierin, daß fortan keine Farmen niedergebrannt werden dürfen, ohne schriftlichen Befehl seitens des Kommandanten des betreffenden Distrikts. Aber jetzt kommandirt doch Lord Kitchener?

Die Buren-Auswanderung aus Transvaal und dem Oranjefreistaat hat nach Mittheilungen aus Lourenzo Marques einen so großen Umfang angenommen, daß die Plätze der nach Europa fahrenden Dampfer schon lange vor dem Tage der Abfahrt belegt sind. Die Zahl der Auswanderer aller Stände beläuft sich auf Tausende.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Differenzen zwischen den Malern und der Direktion der Weimarer Waggonfabrik sind beigelegt. — In München sind in der Schuhfabrik von P. Wenz die Arbeiter ausständig geworden, weil ihnen an Stelle eines bisher schon ziemlich niedrigen Wochenlohnes ein Akkordtarif aufgenöthigt werden sollte, dessen Sätze den Arbeitern noch geringeren Verdienst bringen würden. — Im Hafen Antwerpen droht nach der „Frankf. Ztg." ein allgemeiner Ausstand auszubrechen.

Das Gewerkschaftskartell in Hameln beschloß die Errichtung eines Arbeitersekretariats.

Eine Arbeitslosenstatistik, welche die Organisation der Maurer in Dresden am 3. Dezember vornahm, ergab, daß an diesem Tage 357 Maurer arbeitslos waren, die insgesammt bereits 4957 Tage feierten. — Der Stadtrath in Mannheim beschloß, diejenigen Arbeitslosen, welche seit zwei Jahren in Mannheim ihren Wohnsitz haben, gegen einen Tagelohn von 2,70 Mk. bei Straßen- und Erdarbeiten zu beschäftigen. Wenn kältere Witterung eintritt, sollen sie mit Steinklopfen beschäftigt werden.

Die politischen 12000 Mark. Die Filiale des deutschen Textilarbeiter-Verbands in Wunsiedel (Bayern) wurde von der dortigen Bezirksamtmannschaft am 24. November geschlossen, weil dieselbe eine Versammlung angemeldet hatte, in welcher ein Vortrag über die 12000 Mark-Affaire stattfinden sollte. Die Versammlung wurde verboten. Als Grund wird angegeben: Die sogenannte 12 000 Mark-Affaire ist ihrem Wesen nach und durch die Art der Behandlung in der Presse und nachdem eine Interpellation hierüber im Reichstage eingebracht ist, als eine eminent politische und öffentliche Angelegenheit zu erachten. Es ergiebt sich hieraus, daß der Verband politische Zwecke in den Bereich seiner Verhandlungen zu ziehen beginnt. Beschwerde ist selbstverständlich eingereicht. Auf diese Art könnten die 12 000 Mk. doch ihren Zweck erfüllen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Kommissar Thiel in Berlin, gegen den jetzt die Voruntersuchung eröffnet ist, hat, wie schon mitgetheilt, ein volles Bekenntnis seiner Schuld abgelegt. Die von ihm in Empfang genommenen Bestechungsgelder überschreiten etwas die Höhe von 7000 Mark. Thiel erklärte, daß er aus seiner Leutnantszeit Schulden in Höhe von 30 000 Mark gehabt habe. — Auf der Grube „Alte Dreisbach" bei Siegen wurden 8 Bergleute verschüttet. Sieben wurden gerettet, einer ist todt. — Flüchtig geworden ist der langjährige Direktor der Bau-Genossenschaft zu Schleiz, Noack, nach Unterschlagung von angeblich 80000 bis 90000 Mark. Da die Unterschlagungen durch falsche Buchungen verdeckt sind, läßt sich die Höhe der Veruntreuungen noch nicht genau angeben. — Der Arbeiter Paschold aus Marktgölitz ermordete infolge Wortwechsels den Einwohner Gläser in Limbach durch Messerstiche. Der Mörder wurde verhaftet. — In Folge Scheuwerdens der Pferde gerieth in Trier der Wagen des Arztes Dr. Gerhard Grevenmacher in die Mosel. Der Arzt und der Kutscher wurden gerettet. Die Frau des Arztes ertrank. Wagen und Pferde versanken im Fluß. — Die Gattin des Großindustriellen Inocsak aus Achat, welche ihren irrsinnigen Gatten in's Irrenhaus zu Budapest bringen wollte, wurde von ihrem Manne während der Bahnfahrt aus dem Coupé geworfen und dadurch getödtet. — Zu einem großen Theaterskandal kam es am Sonnabend in dem kaiserlichen „Kleinen Theater" zu Petersburg bei Aufführung des Schauspiels „Die Schmuggler". Das Stück mißfiel dem Publikum, welches zu lärmen und zischen begann und die Schauspieler mit Aepfeln, Galoschen und anderen Gegenständen bewarf. Die Schauspielerin Demanger wurde am linken Auge schwer verletzt. Die Aufführung konnte nicht fortgesetzt werden. Einige Skandalmacher wurden verhaftet. — Der Massenmörder Nordlund ist, nach einem Stockholmer Telegramm, am Montag hingerichtet worden.

Der Sternberg-Prozeß geht jetzt seinem Ende entgegen. Es sind noch 12 Zeugen zu vernehmen, deren Verhör etwa am Donnerstag beendet sein dürfte. Zwei Tage Zeit hat sich die Vertheidigung für die Vorbereitung der Plaidoyers erbeten, diese dürften also am nächsten Montag gehalten werden und vielleicht wird schon an demselben Tage das Urtheil gesprochen. — Unter dem Verdacht der Begünstigung in Sachen Sternberg ist nach Frau Stabs und dem Agenten Wolff nunmehr auch Wolffs Geliebte, Fräulein Saul, verhaftet worden. Gleich den beiden ersteren soll auch die Saul, die Wolff als seine Frau auszugeben pflegte, versucht haben, die Zeugin Callis zum Meineid zu verleiten. Die Margarethe Fischer ist, wie berichtet wird, bereits bei ihrer Ankunft in Cherbourg von Kriminalbeamten in Empfang genommen und von ihnen nach Berlin geleitet worden. Diese Maßregel hatte den Zweck, eine Beeinflussung der Zeugin zu verhindern. Da der Fischer freies Geleit zugesagt worden ist, so kann sie nicht wegen Kuppelei ꝛc. in Untersuchungshaft genommen werden.

Ergebnisse der Volkszählung 1900. Offenbach 50400, Heidelberg 40232, Durlach 11300, Speyer 20 420, Zweibrücken 13 960, Heilbronn 37 883, Karlsruhe 98000, Göppingen 19349, Glauchau 25 477, Meerane 24 433, Meißen 20 109, Plauen 73 908, Neustadt (Pfalz) 17 796, Baden-Baden mit Badenscheuner 15 577, Bayreuth 29 263, Erlangen 22 842, Jena 20 615, Leipzig 455 120, Cassel 105 455 Einwohner.

Aus dem Kasernenleben. Dem „Hannoverschen Volkswillen" wird aus Osnabrück geschrieben: Keine Freude an dem Leben in der Kaserne scheint ein junger Mann aus Hunteburg gehabt zu haben, der hier früher in einer Gastwirthschaft als Hausknecht beschäftigt war und dann kürzlich bei einem Artillerie-Regimente seiner Dienstzeit genügen sollte. Dieser junge Vaterlandsvertheidiger hat sich nämlich erhängt. Wir wissen nun zwar nicht die Ursache des Selbstmordes, aber vielleicht trägt nachstehender, kurz vor der verhängnißvollen That an einen hiesigen Freund geschriebener Brief ein wenig mit dazu bei, die Ursache des Selbstmordes zu erforschen. Der junge Mann schreibt also kurz vor seinem Tode Folgendes:

„. . . , den 20. 10. 1900.

Lieber Julius!

Jetzt habe ich Zeit, Dir zu schreiben, weil ich jetzt schon drei Tage im Revier bin und eine schlimme Nase habe. Ich kann Dir schreiben, daß es hier eine wahre Sch . . . . . ist, Soldat zu sein, denn man muß laufen, daß man keinen Athem kriegen kann und auf einem Beine stehen, daß man umfällt. Der Unteroffizier, den wir haben, der haut und stößt Einen. Am Mittwoch mußten wir so schnell zu Bett gehen und weil es noch nicht schnell genug ging, da mußten wir uns in Reihe aufstellen und dann schnell wieder ausziehen und dann kriegte man noch Stöße, daß man umfiel, Wenn gerufen wird zum Essen und man ist nicht gleich da, so wird man mit der Klopfpeitsche geholt, es ist hier ein wahres Hundeleben. Die Beine thaten mir so weh, daß ich nicht stehen konnte und nicht mal meine Stiefel ausziehen. Es waren auch Mehrere, die sich krank meldeten, aber da sagte der Feldwebel: Wollt Ihr Sch . . . . . wohl mit antreten! — Ich habe schon oft gedacht, man sollte sich aufhängen, denn man wird ja noch schlechter behandelt als ein altes Stück Vieh. Der Vize-Feldwebel, den wir haben, das ist ein Mensch, der spricht kein vernünftig Wort und bei dem haben wir Vortrag. Instruktion haben wir sehr viel; es heißt immer, daß Artilleriedienst ein schwerer Dienst ist, das ist auch wahr. Gestern wurden die Rekruten vereidigt, ich und noch ein Anderer aber nicht mit. Daß ich Osnabrück noch mal wiedersehe, daran zweifle ich jetzt schon.

Grüße alle u. s. w."

Das oben zitirte Blatt bemerkt dazu: „Wir haben absichtlich den Namen des Garnisonortes und die Bezeichnung des Truppentheils fortgelassen, lediglich um die sachlichen Vorgänge zur Kenntniß der Oeffentlichkeit zu bringen. Es heißt ja immer, daß heute beim Militär nicht mehr geprügelt werden darf. Wie sich die unteren militärischen Vorgesetzten zuweilen über das Verbot, den Soldaten zu schlagen, hinwegsetzen, davon legt der vorstehende Schmerzensschrei eines verzweifelten jungen Menschen Zeugniß ab."

Ein Beispiel schädlicher, weil verfehlter und lächerlicher Germanisationsbestrebungen meldet der „Wielkopolanin" aus dem Kreise Schroda: In dem Dorfe Kijewo trugen der Lehrer und die meisten Schulknaben — wie dies im Posenschen Sitte ist — lange Schaftstiefel über den Beinkleidern. Der Schulinspektor untersagte dies, weil er darin eine polnische Demonstration erblickte! Außerdem wurde den Schulkindern verboten, ihre Bücher und Hefte in polnische Zeitungen einzuschlagen. — Der Schulinspektor schadet mit dieser Verfügung, zu der er übrigens nicht befugt ist, dem Deutschthum mehr, als er jemals hoffen konnte, ihm zu nützen.

Eine heroische Lüge. Londoner Blätter berichten: Für ein Verbrechen, das er nicht begangen hat, hat sich ein Mann Namens David Rutter zweimal zum Tode verurtheilen lassen, und erst vor kurzem ist er, nachdem er 27 Jahre darin gesessen hatte, aus dem Gefängniß entlassen worden. Im Jahre 1878 stand er als Angeklagter mit einem andern Manne vor dem Schwurgericht in Ipswich; er wurde des Mordes an einem Wildhüter auf dem Gute des Maharadscha Duleep Singh beschuldigt. Rutter nahm die ganze Schuld auf sich, entlastete seinen Gefährten und wurde auf sein eigenes Geständnis hin zum Tode verurtheilt. Viele glaubten jedoch an seine Unschuld, und unter dem Vorwande, daß er eine Deformität des Genickes aufweise, welche das Hängen zu einer schrecklichen Quälerei machen würde, erlangte man einen Aufschub. Eine medizinische Untersuchung zeigte, daß es dieser Behauptung an thatsächlicher Unterlage fehlte, sodaß seine Hinrichtung von neuem angeordnet wurde. Weitere Bittgesuche bewirkten jedoch, daß das Todesurtheil in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt wurde. Bei seiner jetzt erfolgten Freilassung als alter Mann machte R. nun ein sensationelles Geständnis. Der andere Mann, der mit ihm zugleich angeklagt war, hatte den Wildhüter erschossen, ihm den Kopf zerschmettert und die Leiche in einen Teich geworfen. Rutter stand damals allein in der Welt; der andere hatte eine Frau, deren Herz gebrochen, deren Kinder vaterlos gewesen wären; deshalb nahm Rutter damals die ganze Schuld auf sich, und erst jetzt, nach 27 Jahren, hat er diese Bürde abgeworfen.

Das Rhinozeros an der Themse. Vor einigen Tagen stieß ein Arbeiter, der ein dicht an der Themse gelegenes Stück Land bei Walton umzugraben hatte, auf einen merkwürdigen Gegenstand, der ihm wie ein großer Hauer eines Thieres erschien. Nachdem er seinen Fund abgeliefert hatte, wurde dieser bald als das Horn eines Rhinozeros erkannt, das in der zwischen den beiden großen Eiszeiten eingetretenen Zeit milderen Klimas auch in Mitteleuropa lebte. Das Horn besitzt beträchtliche Ausmaße, einen Umfang an der Basis von 62 Zentimetern und eine Länge von 65 Zentimetern, das Gewicht beträgt 13 Pfund. Es wird angenommen, daß 3½ Jahrtausende seit der Zeit vergangen sind, da Nashörner durch das Themsethal spazierten, jedoch dürften die Vertreter der geologischen Wissenschaft diese Zeitspanne als zu kurz erachten.

Ein hübsches Kleinbahnidyll hat sich laut „Augsb. Postztg." erst kürzlich wieder auf der Rotthaler Bahn ereignet. Der Lokalzug, der um 7 Uhr 35 Minuten Abends von Passau abgeht, kam bis auf die Ausmündung des Neuburger Waldes, wo dann der Zug plötzlich stehen blieb. Man forschte nach der Ursache und fand, daß in der Maschine kein Wasser war, folglich auch diese zu wenig Dampf hatte. Was thun? Man ließ den Zug wieder rückwärts gehen nach Neustift, denn dazu brauchte man keinen Dampf, da es immer thalwärts geht. In Neustift wurde gehalten, die Passagiere stiegen aus den Wagen, ein Herr aus Pocking begann sofort am Pumpbrunnen Wasser zu schöpfen, und nun wurde mit Krügen, Gläsern, Kannen, Pitschen und Badschäffeln Wasser getragen und damit die Maschine gespeist, dann heizte man frisch, und mit einer Verspätung von zwei Stunden kamen die Passagiere an ihr Ziel.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. bis 8. Dezember 1900.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

23. November. Schlachter Johann Heinrich Friedrich Wagener. 27. Arbeiter Gustav Johann Klein. 28. Bierfahrer Joachim Heinrich Woisin. 29. Postbote Carl Wilhelm Hermann Behrens. 29. Kaufmann Helmuth Johannes Theodor Grabener. 1. Dezbr. Bäcker Heinrich Detlev Stieper. Geschäftsreisender Christian Nicolai Schröder. 2. Arbeiter Carl August Friedrich Bülow. Schlachter Wilhelm August Hermann Wendt. 3. Arbeiter Friedrich Heinrich Dietrich Hoffmann. Lehrer Johann Wilhelm Drews. Arbeiter Johann Heinrich Wilhelm Holst. Schuhmacher Ludwig Friedrich Gustav Köfer. 5. Straßenbahn-Wagenführer Wulf Heinrch Wilh. Tag. Krämer Wilhelm Bergholz (Zwillingsgeburt). 6. Tischler Ernst Carl Friedrich Rothländer.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

24. November. Dampfschiffsmaschinist Wilhelm Heinrich Ludw. Eduard Kempke. 28. Maurer Gottlieb Friedrich Christian Karl Michaels. Müller Franz Heinrich Adolf Ludwig Jürs. 29. Kutscher August Heinrich Scharnberg (Trems). Eisendreher Heinr. Friedrich Wilhelm Kolbow. 30. Arbeiter Friedrich Wilhelm Appel. 1. Dezember. Arbeiter Gustav Carl Heinrich Wilhelm Döring. Arbeiter Anders Gustaf Johannsson. 2. Tischler Carl Theodor Christian Börck. Kasernenwärter Ludwig Brückner. 3. Arbeiter Johann Joachim Woisin. Kupferschmied Carl Johann Heinrich Hamann. Schutzmann Arnold Carl Johannes Heinke 4. Arbeiter Heinrich Johann Gottlieb Wienck. Arbeiter Heinrich Emil Max Karl Roggmann (Wilhelmshöhe). 5. Arbeiter Carl Johann Christian Möller. 6. Arbeiter Heinrich Johann Friedrich Krippgans.

Sterbefälle.

2. Dezember. Anna Catharina Wilhelmina Jürgensen, 79 J. Else Paula Anna Catharine Drausche, 5 M. Paul Otto Deutsch, 5 J. Georgine Magdalena Luise geb. Lohmann, Ehefrau des Tischlermeisters Johann Christian Heinrich Mütter, 72 J. Pensionirter Revisionsaufseher Wilhelm Martin Bernhard Johann Böckmann, 44 J. Lithograph Richard Albert Nitsch, 50 J. Conditorgehülfe Carl Heinrich Winterscheidt, 22 J. 3. Altentheiler Johann Christian Friedrich Freitag, 76 J. Ein Knabe, 9 T., B.: Tapezier August Otto Heinrich Lühmann. Heizer Hermann Friedrich Wilh. Grell, 42 J. 4. Arbeiter Eduard August Ernst Zapf, 60 J. Ein todtgeb. Knabe, B.: Arbeiter Johann Joachim Heinrich Klingbiel. Hermann Georg Gustav Voss, 28 T. Wilhelm Heinrich Joachim Holst, 1 T. Arbeiter Hans Jochen Heinrich Fokuhl, 47 J. 5. Zeichner Emil Hermann Friedrich Christen, 18 J. Anna Catharina Margaretha geb. Sandberg, Wittwe des Arbeiters Johann Joachim Carl Parbs, 78 J. Flußschiffer Daniel Heinrich Matthias Bruhns, 65 J. Rudolph Johann Emil Schultz, 3 J. 7 M. 6. Johann Walther Hermann Niemeier, 5 M. Richard Fritz Johannes Fedder, 2 J. 8 M. Arbeiter Heinrich Christian Johann Mirow, 55 J. 7. Wilhelmine geb. Quernbt, Wittwe des Uhrmachers Ernst Leopold Hornbogen, 78 J. Kaufmann Johann Hinrich Gottlieb Vollert, 50 J. 8. Elsa Anna Erna Schröder, 3 J. Emma Louise Auguste Stau, 21 J.

Angeordnete Aufgebote.

3. Dezember. Maler Carl Joachim Johann Luckmann zu Flensburg und Maria Christine Sophia Pohl. Arbeiter August Friedrich Christian Kempke und Anna Sophie Karoline Friedrike Weitendorf genannt Winter zu Fackenburg. Arbeiter Christian Friedrich Hamann und Emma Dorothea Henriette Levgrün. Arbeiter Rudolph Friedrich Bernhard Quitzau und Friedrike Helene Dorothea Knoll zu Neu-Meteln. Bahnarbeiter Heinrich Johann Feiedr. Goldschmidt und Mine Sophie Marie Anna Westphal. Arbeiter Hans Joachim Heinrich Fick und Bertha Caroline Helene Schmidt zu Lüdersdorf. 4. Arbeiter Hans Jochim Heinrich Bockholt und Anna Maria Louise Lembck, beide zu Vorwerk. Arbeiter August Hinrich Friedrich Horstmann und Elise Wilhelmine Dorothea Ness zu Vorwerk-Süsel. 6. Seemaschinist Friedrich Heinrich Leonhard Frahm und Johanna Caroline Auguste Emilie Wittfoht. General-Agent Emil Margot Maria Wilhelm Müller zu Hamburg und Agnes Marie Titzek. Oberschweizer Paul Richard Müller und Ida Wilh. Auguste Retelstorff, beide zu Hohnstädt. 7. Arbeiter Johann Carl Gustav Pleß und Constantia Janowski, beide zu Eutin. Arbeiter Carl Joachim Friedrich Westphal und Emma Christine Johanna Rettich. Arbeiter Johannes Carl Pappenschlag und Friederike Wilhelmine Emma Heine. Zimmermann Johann Friedrich Christian Zorn und Frida Maria Anna Eathar. Meyncke. Ziegelmeister Adam Roth und Anna Maria Ricker, beide zu Solingen. Kaufmann Johannes Gustav Höppner und Auguste Amelia Hermina Katenkamp. Uhrmacher Heinrich Johannes Wilhelm Schultz und Anne Helene Pauline, geschiedene Tiedemann, geb. Schween.

Eheschließungen.

4. Dezember. General-Agent Andreas Friedrich August Krämer zu Bremen und Margarethe Cäcilie Blech. Kunstgärtner Hermann Heinrich August Eilers zu St. Petersburg und Martha Paulig. Fettwaarenhändler Georg Hermann Heinrich Lüttmann und Emma Johanna Auguste Siedenschnur. Fuhrwerksbesitzer Johann Wilhelm Heinrich Bartels und Pauline Johanna Caroline Louise Ahlgrimm zu Mirow. Schlosser Paul Albert Fidor und Caroline Lucie Louise Weise. Eisenbahn-Expeditions-Diätar Hilbordt Adolf Detlof Berthold Holmberg und Frieda Marie Elisabeth Ehrbahn. 6. Hauptzollamtsdiener Hans Heinrich Ernst Schmidt und Caroline Maria Sophia Böttcher. 7. Tischler Heinr. Friedrich Jochim Johann Christoph Godenrath und Anna Catharina Wilhelmine Schmidt. Glasermeister Isaie Cohn und Caroline Cohn. Schlosser Johann Anton Meyer und Minna Johanna Dorothea Eggers zu Niendorf. Steuermann Johann Heinrich Friedrich Pamperin und Friederike Marie Elisabeth Buch. 8. Gärtner Johann Joachim Jacob Duncker und Margaretha Wilhelmine Elise Fahrenkrug. Arbeiter Ludwig Lotz und Wittwe Anna Christiana Dorothea Riecken geb. Bliebenich. Lithograph Paul Joseph Kipp zu Hamburg und Marie Charlotte Elisabeth Müter. Schiffszimmermann Carl Ludwig Smerdka und Lina Schoi. Seemaschinist Heinrich Johannes Ludwig Stark und Bertha Auguste Clara Domke.

Sternschanz-Viehmarkt.

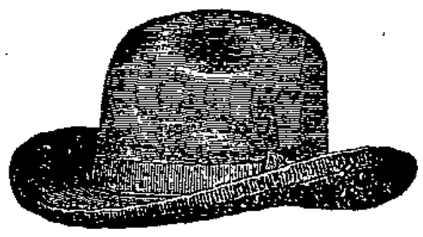
Hamburg, 11. Dezember.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 3130 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, [illegible] 53—54 Mk., leichte 52—53½ Mk., Sauen 44—48 Mk. und Ferke 48—52 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1280 Stück. Preise: Beste 95—106 Mk. geringere 65—85 Mk. pr. 100 Pfd.



Mk. 3,15-Hutbazar

von H. Stoppelman

Hüxstrasse 43, Laden rechts.

Einziges Geschäft dieser Art am Platze.

Hochelegante neueste Modelle in jeder Façon u. beliebiger Farbe

nur Mk. 3,15.

Cylinder und Mützen in gr. Auswahl zu billigsten Preisen.

Beachten Sie bitte meine 4 Schaufenster.

Hüxtrasse 43, Laden rechts u. Laden links.

Schirmfabrik

von H. Stoppelman,

Hüxstrasse 43, Laden links.

Bitte meine Schirme nicht mit anderen zu vergleichen, da dieselben **eigenes Fabrikat** sind und auf's solideste und dauerhaft gearbeitet sind. — Empfehle meine

Hocheleganten Fabrikate, von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten.

Verkaufe zu den denkbar billigsten Preisen.

Ein Posten Spazierstöcke wird billig ausverkauft.

Johs. Tollgreve, Goldschmied,
Königstraße 92.
Gold-, Silber-, Alfenide- und Doubléewaaren.
Reparaturen sauber und billig.

Lau'schen Kuchensyrup
Weizenmehl 00
Mandeln, Succade,
Pommeranzenschale
Citronen, Vanille-Zucker
sowie
sämmtliche Gewürze
empfiehlt
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.

Wall- und Haselnüsse und Feigen
empfiehlt
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.

Diverse Weine und Spiritusen
Rum 1/1 Fl. von 80 Pfg. an.
Rothwein 1/1 Fl. von 80 Pfg. an.
empfiehlt
H. Wilde, Heinrichstraße 18.

Pa. geräucherte Landmettwurst
Pa. hiesigen Speck
empfiehlt
W. Dreyer, Engelswisch 41.

Caffee | **Thee**

Kaiser's Caffee-Geschäft

Grösstes Caffee-Import-Geschäft Deutschl.
im direkten Verkehr mit den Consumenten mit

über 500 Filialen

empfiehlt
für die Feiertage

ff. Caffee-Mischungen

von Mk. 1.— bis 1.80 das Pfund.

Thee neuer Ernte, direkter Import zu Mk. 1.50, 2.—, 2.50, 3.—, 3.50, 4.— das Pfund.

Cacao garantirt rein, das Pfund von Mk. 1.50 an.

Chocolade nur garantirt rein in verschiedenen Preislagen.

Biscuits in stets frischer Waare das Pfund 40 Pfg an.

Für den Weihnachtsbaum
Tannenbaum-Mischung das Pfund zu 60 und 75 Pfg.

Einzig in **Lübeck** nur **Breitestraße 46**
und **Holstenstraße 6.**

Eigene Röstereien in Bielefeld, Berlin, Breslau und Heilbronn.

Eigene Cacao-, Chocolade- und Zuckerwaarenfabrik.

Chocolade Cacao | **Zuckerwaaren Biscuits**

Bitte genau auf Firma, Strasse und Hausnummer zu achten.

Kirschsaft
Flasche 40 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51

Neu eingetroffen! **Grosse Posten** Neu eingetroffen!

Nähtische, Blumentische, Bauerntische, Rauchtische, Cigarrenschränke, Bücherborte, Bücherschränke, Beisetztische, Paneelborte, Klaviersessel, Handtuchhalter, 3- u. 4-bödige Etagèren, Garderobenständer, Serviertische, Schreibtische, Spiegeltoiletten, Säulen, Büsten, Vasen, Bouquets, Regulatoren, Spiegel, Kindertische, Kinderstühle, Bilder u. v. A. m.

zu sehr billigen Preisen.

Folckers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Grosse Weihnachts-Ausstellung

in

Spielsachen, Tannenbaumschmuck, Lederwaaren, Wollwaaren, (darunter gute und billige Schlafdecken), Majolika-Waaren, Körbe, Bücher, Seife in den verschied. Sorten, 1 Stange Glycerin-Seife gleich 5 Stück nur 20 Pfennig

empfiehlt zu den nur denkbar billigsten Preisen

Der billige Bazar, Hüxstr. 30

(Inhaber **Paul Berliss.**)

Bitte genau auf die Nr. 30 zu achten!

Spielwaaren und Puppen

sowie alle Puppenartikel, Puppenstuben und -Küchen, Kaufläden, Festungen, Speicher 2c., Puppen- und Kindermöbel, Babyschutzgitter, Roll- und Schaukelpferde, Block-, Sport- und Puppenwagen, Anker-Steinbankasten, Turngeräthe, Spiele u. Bilderbücher, Schultornister u. -taschen.

C. Bliesath Wwe., Sandstraße 9.

Verband der Fabrik-, Land- Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum

Weihnachts-Feste

verbunden mit Kinderbescheerung und Ball

am Sonntag den 23. December 1900

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Anfang 5 Uhr. Bescheerung 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintrittspreis 60 Pfg., eine Dame frei.

Kasse findet nicht statt.

Karten sind bei F. Leeke, Lederstraße 3, im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52, bei den Boten und Comitemitgliedern zu haben.

Das Comitee.

NB. Die Kollegen und Kolleginnen aus Schlutup und Travemünde sind freundlichst eingeladen.

NB. Heute Mittwoch: **Haupt- und Hülfscomitesitzung** im Vereinshaus, 8½ Uhr.

Telephon 1203. **Weinhandlung** Johannisstr. 4 u. 20.

Krüger & Mohrmann

empfiehlt zum Fest

ihre vorzügl. Weine in bekannt guter Qualität.

Specialität: Spanischer Portwein per 1/1 Fl. Mk. 1.10.

Bei Einkäufen von mindestens Mk. 10 geben wir den Käufern einen unserer **Lübecker Reclame-Schreibmappen** zu.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.